

### Editorial



#### Ausgabe 06/2011

##### Liebe Leserinnen und Leser,

die Weltbevölkerung hat am 31. Oktober die Schwelle von 7 Mrd. Menschen überschritten. Dies hat die UN auf der Grundlage eigener Berechnungen mitgeteilt. Weltweit ist dieser Tag Anlass, sich mit dem weiteren Wachstum und der Zukunft der Weltbevölkerung zu beschäftigen. Für die künftige Entwicklung der Weltbevölkerung lassen sich mit bevölkerungswissenschaftlichen Methoden plausible Szenarien entwickeln, nach denen die Zukunft der Weltbevölkerung bis zum Ende des Jahrhunderts in weiterem Wachstum, Alterung, Verstärkung, Intensivierung von internationaler Wanderung und zunehmender Heterogenisierung von Bevölkerungsprozessen in unterschiedlichen Regionen besteht. Die Auswirkungen des zu erwartenden weiteren Wachstums der Weltbevölkerung stellen eine erhebliche Herausforderung für die menschliche Entwicklung, die nachhaltige Nutzung von Ressourcen und den Erhalt der Umwelt dar. Viel wird davon abhängen, wie Industrie- und Entwicklungsländer gemeinsam Entwicklung und Ressourcennutzung gestalten, wobei die Fragen der Verteilungsgerechtigkeit im Mittelpunkt stehen. Ein gemeinsamer Gastbeitrag der Deutschen Stiftung Weltbevölkerung und des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung beschäftigt sich in diesem Kontext mit der Bedeutung von Familienplanung für die künftige Entwicklung und stellt exemplarische Projekte in weniger entwickelten Ländern vor, die dazu beitragen können, diesen Herausforderungen erfolgreich zu begegnen.

Ich wünsche Ihnen eine interessante und gewinnbringende Lektüre dieser Ausgabe.

Prof. Norbert F. Schneider, Direktor des BIB

### Weltbevölkerung 2011 – Erstmals 7 Milliarden Menschen

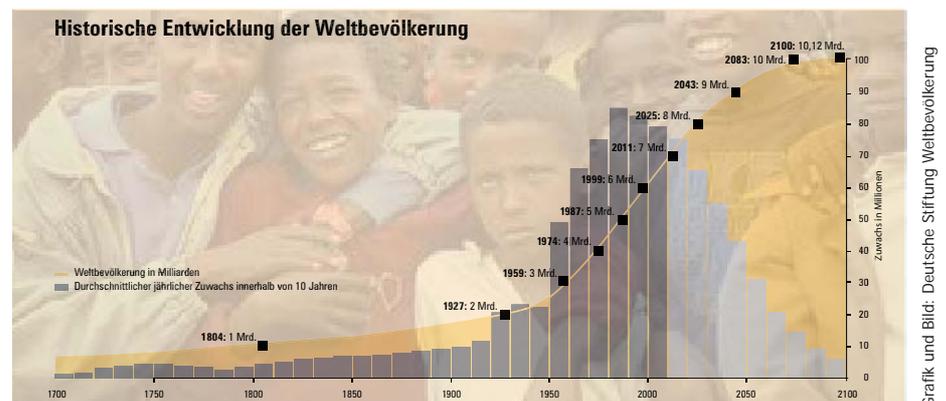


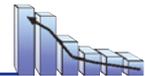
Wie wird sich das Bevölkerungswachstum weiter entwickeln? Seit 1998 wuchs die Weltbevölkerung in 13 Jahren um eine weitere Milliarde Menschen und damit geringfügig langsamer als zuvor als sie von 5 auf 6 Milliarden anstieg. Nach den derzeitigen Erwartungen schreitet das Wachstum zwar weiter voran, aber das Tempo wird sich kontinuierlich verringern. Auf der

Grundlage der Modellrechnungen der UN, die nun erstmals bis zum Jahr 2100 vorliegen, zeigt der Beitrag von Frank Swiaczny die relevanten Trends der Bevölkerungsentwicklung im Hinblick auf die Entwicklung der Fertilität, das Tempo des Bevölkerungswachstums, die Alterung der Weltbevölkerung, die zunehmende Verstärkung sowie das künftige Niveau der internationalen Migration auf (Seite 2).

Welche Auswirkungen das Bevölkerungswachstum auf die Ernährungs- und Umweltsituation sowie die Nachhaltigkeit hat, untersucht Christian Fiedler (Seite 7). Die Analysen der Welternährungsorganisation FAO gehen dabei trotz der immer noch schwierigen Situation in vielen Entwicklungsländern von einer tendenziell optimistischen Prognose, was die Ernährungslage bei steigenden Bevölkerungszahlen weltweit angeht, aus. Allerdings bedarf es zweier wichtiger Voraussetzungen, um die Zahl hungriger und unterernährter Menschen reduzieren zu können: es muss einen Vorrang lokaler Lebensmittelproduktion geben sowie einen gleichberechtigten Zugang zu (günstigen) Nahrungsmitteln. Dabei steht eine Steigerung des Versorgungsniveaus der weniger entwickelten Länder im Spannungsfeld von Nachhaltigkeit und Verteilungsgerechtigkeit, wie Frank Swiaczny und Barbara Müller in ihrem Beitrag zeigen. Sie fragen, wie eine ideal gerechte Verteilung zwischen armen und reichen Staaten aussehen sollte, wobei der Gerechtigkeitsbegriff aus unterschiedlichen Positionen dargestellt wird. Die Langfristigkeit, Komplexität und mangelnde Transparenz des Problems gerechter Umverteilung sowie das geringe Vertrauen in Institutionen und Organisationen führen dazu, dass dieses Thema immer wieder in den Hintergrund tritt (Seite 10).

Mit dem Wachstum der Weltbevölkerung nimmt auch die internationale Migration zu. Andreas Ette und Marianne Haase zeigen in ihrer Analyse, dass sich in der aktuellen Migrationsforschung ein Wandel bei der Abschätzung der Folgen von Migration durchgesetzt hat, der die Auswirkungen für das Herkunfts- und Zielland fokussiert (Seite 21).





Frank Swiaczny

## Weltbevölkerung 2011 – Erstmals 7 Milliarden Menschen

Am 31. Oktober des Jahres 2011 wurde, nach neuen Modellrechnungen der UN Bevölkerungsabteilung, die Zahl von 7 Mrd. auf der Erde lebenden Menschen überschritten. Damit wuchs die Weltbevölkerung seit 1998 in 13 Jahren um eine weitere Milliarde Menschen und damit geringfügig langsamer als zuvor von 5 auf 6 Mrd. - für das Wachstum der Weltbevölkerung auf 8 Mrd. Menschen werden nach derzeitigen Erwartungen mehr als 13 Jahre benötigt, da sich die Wachstumsgeschwindigkeit weiter verringert.<sup>1</sup>

Wahrscheinlich wird sich dieses Ereignis in einem der weniger entwickelten Länder ereignen. Entsprechend des relativen Anteils an der Weltbevölkerung, der als Näherung für die Eintrittswahrscheinlichkeit des Ereignisses herangezogen werden kann, entfällt auf Indien oder China als bevölkerungsreichste Länder der Erde hier die größte Chance. Der sieben milliardste Einwohner wird dabei mit hoher Wahrscheinlichkeit entweder in einer städtischen Region geboren oder im Laufe seines Lebens in die Stadt ziehen, ein höheres Alter erreichen als die Generation seiner Eltern und sein Erwachsenenleben in einer Gesellschaft verbringen, die durch

rückläufige Geburtenzahlen altert. Sie oder er wird Mitglied eines Geburtsjahrgangs sein, in dem rund 135 Mio. Menschen geboren werden – im gleichen Jahr werden sich hingegen nur rund 58 Mio. Sterbefälle ereignen, so dass die Weltbevölkerung im laufenden Jahr um ca. 78 Mio. wächst.<sup>2</sup> Die folgende Übersicht präsentiert ein Bild der aktuellen Bevölkerungsprozesse im Jahr 2011 auf der Basis aktueller UN-Daten, die nun erstmals auch mit Modellrechnungen bis zum Jahr 2100 vorliegen. Für die Zukunft der Weltbevölkerung lassen sich dabei folgende relevante Trends identifizieren (vgl. auch Swiaczny 2011 und Swiaczny/Henning 2011):

- Die **Fertilität** geht weltweit weiter zurück, allerdings zeigen sich nach wie vor große regionale Unterschiede (vgl. Bongaarts 2003, 2009; Reher 2007) – neue Annahmen für die UN-Modellrechnungen tragen aktuellen Trends Rechnung und sehen für zahlreiche Länder, vor allem in Afrika, einen langsameren Rückgang der Fertilität vor als in der Vergangenheit erwartet (Bongaarts 2008). Die Annahmen der UN gehen in der mittleren Variante davon aus, dass die Zahl der Kinder je Frau (TFR) bis 2050 auf das Bestandserhaltungsniveau von 2,1 zurückgehen wird. Für die am wenigsten entwickelten Länder, diese liegen überwiegend im subsaharischen Afrika, wird dieses Niveau erst bis 2100 angenommen (Abb. 1).

Abbildung 1: Total Fertility Rate (TFR), 1950-2100, ausgewählte Regionen und Ländergruppen, mittlere Variante

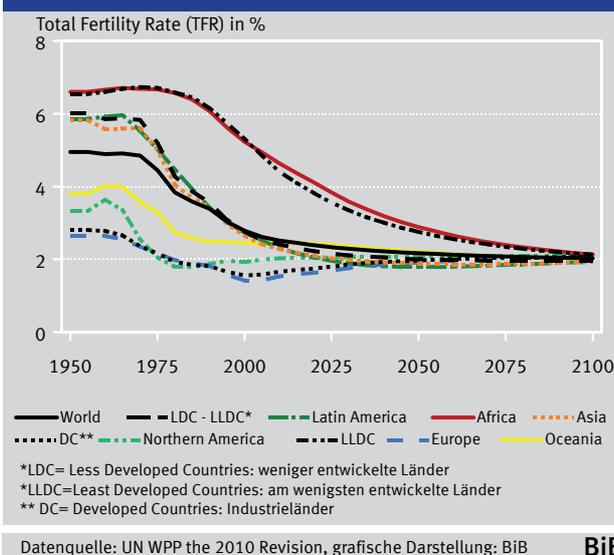
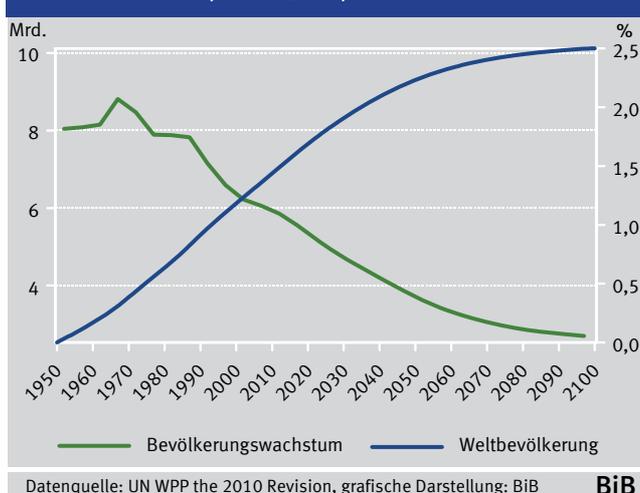


Abbildung 2: Weltbevölkerung und Bevölkerungswachstum, 1950-2100, mittlere Variante



<sup>1</sup> Die Geburt des sieben milliardsten Einwohners der Erde ist ein hypothetisches Ereignis, das auf der 2010 Revision der Modellrechnungen der UN Bevölkerungsabteilung basiert, nach der die Weltbevölkerung bis 2012 7,1 Mrd. Menschen umfassen wird. Nach aktuellen Daten wurde die 6. Mrd. am 5.12.1998 überschritten, aufgrund älterer Modellrechnungen war dies für den 12.10.1999 erwartet worden (vgl. Bähr 1999; Gelbard 1999; UNFPA 1999). Sämtliche angeführten Literaturangaben befinden sich im Literaturverzeichnis auf Seite 14/15.

<sup>2</sup> Abweichung resultiert aus Rundung.

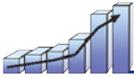
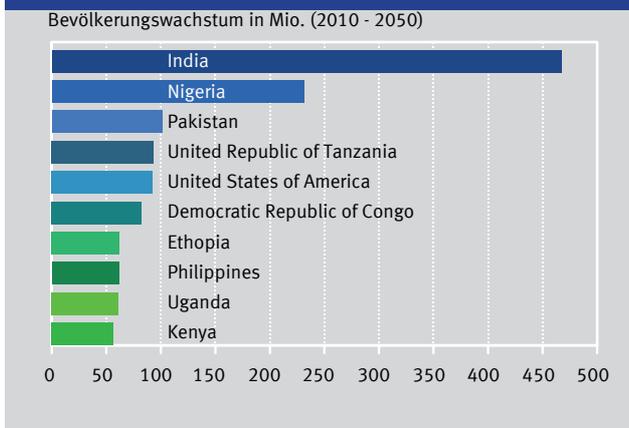
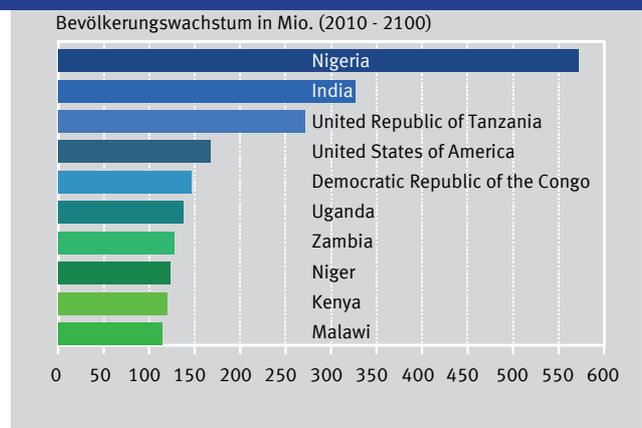


Abbildung 3a+b: Bevölkerungswachstum 2010-2050 und 2010-2100 (in Mio.), mittlere Variante, Top 10 Länder

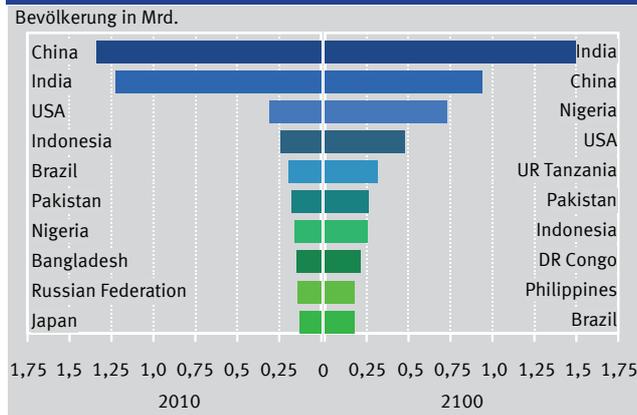


Datenquelle: UN WPP the 2010 Revision, grafische Darstellung: BiB



Datenquelle: UN WPP the 2010 Revision, grafische Darstellung: BiB

Abbildung 3c: Einwohnerzahl, 2010 und 2100 (in Mrd.), mittlere Variante, Top 10 Länder



Datenquelle: UN WPP the 2010 Revision, grafische Darstellung: BiB

Der Beitrag Schmitt/Stallmeister/Wein in diesem Heft beschäftigt sich mit Fragen der Familienplanung im Entwicklungskontext und den praktischen Konsequenzen für die Entwicklungszusammenarbeit.

- Das **Bevölkerungswachstum** wird sich in Zukunft verlangsamen und bis zum Ende des Jahrhunderts fast auf Null zurück gehen (vgl. Lutz et al. (Hrsg.) 2004), die Weltbevölkerung wird bis 2100 aber dennoch um weitere 3 Mrd. auf rund 10 Mrd. Menschen steigen, vorausgesetzt der Rückgang der Fertilität folgt dem erwarteten Verlauf (Abb. 2). Bei einem langsameren Rückgang auf eine um 0,5 Punkte höhere TFR bis 2100 würde die Weltbevölkerung in diesem Zeitraum auf rund 16 Mrd. stetig weiter wachsen. Durch die unterschiedlichen Wachstumsgeschwindigkeiten werden sich die Einwohnerzahlen der Länder deutlich verändern. Betrachtet man den Zeitraum zwischen 2010 und 2050 so nimmt die Bevölkerung in

Indien, Nigeria und Pakistan am stärksten zu. Zwischen 2010 und 2100 wird Nigeria gefolgt von Indien und Tanzania am meisten wachsen; dies verdeutlicht die große Wachstumsdynamik der jungen Bevölkerungen in Afrika, die bis in die zweite Hälfte des Jahrhunderts reicht, weil deren Fertilität derzeit nur verzögert zurückgeht. Bei den bevölkerungsreichsten Ländern wird bis 2100 Indien China an der Spitze ablösen und Nigeria die USA von Platz drei verdrängen. Mit Tansania und der Demokratischen Republik Kongo werden bis 2100 zwei weitere afrikanische Staaten unter die zehn bevölkerungsreichsten Länder vorrücken (Abb. 3).

- Aufgrund des globalen Rückgangs der Fertilität und der steigenden Lebenserwartung hat bereits heute eine Alterung der Weltbevölkerung eingesetzt, die sich in Zukunft beschleunigt fortsetzen wird (vgl. Bloom et al. 2003; Bongaarts/Feeney 2002, Büttner/Zlotnik 2005; Oeppen/Vaupel 2002; Swiaczny 2007). Bis 2100 gehen die jüngeren Altersgruppen leicht zurück, die Bevölkerungszahl im mittleren Alter zwischen 25 und 59 bleibt ab 2050 weitgehend konstant, nur die Bevölkerung über 60 Jahre und insbesondere über 80 Jahre wird künftig weiter wachsen. Diese Entwicklung geht dabei nicht nur auf die Industrieländer zurück, die bereits heute ein hohes Medianalter aufweisen (das die Bevölkerung in zwei gleich große Gruppen teilt), sondern trifft künftig auch viele Entwicklungsländer (Abb. 4-5). Ein Beispiel hierfür ist China, dessen Medianalter bis zur Jahrhundertmitte etwa den Wert von Deutschland erreichen wird.
- Das beschriebene Bevölkerungswachstum wird sich dabei überwiegend in einer weiteren **Verstädterung** der Weltbevölkerung äußern (vgl. Swiaczny 2008; UNFPA 2007).

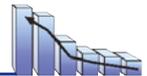
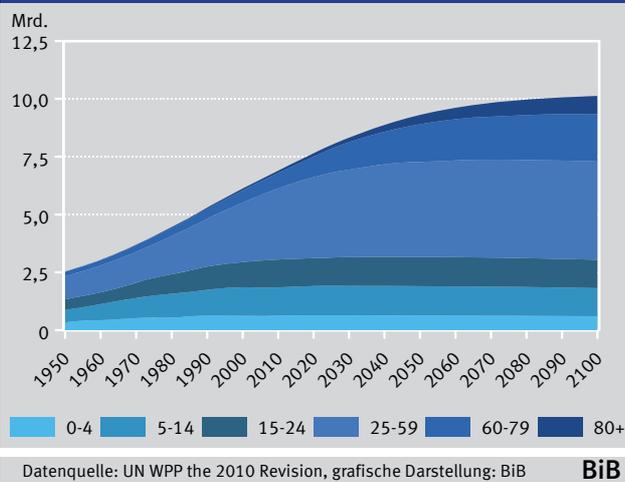


Abbildung 4: Weltbevölkerung nach Altersgruppen, 1950-2100, mittlere Variante

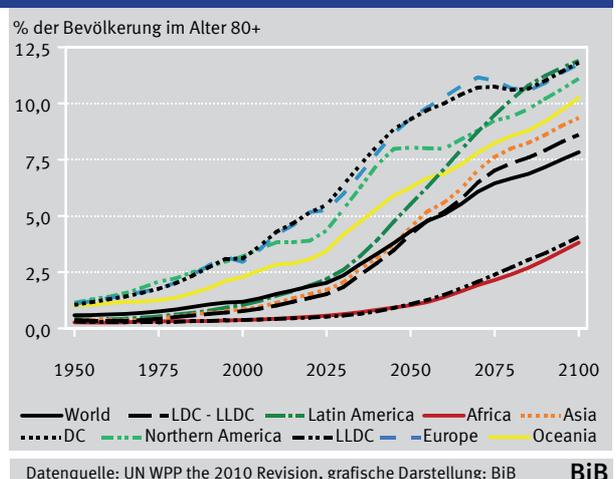
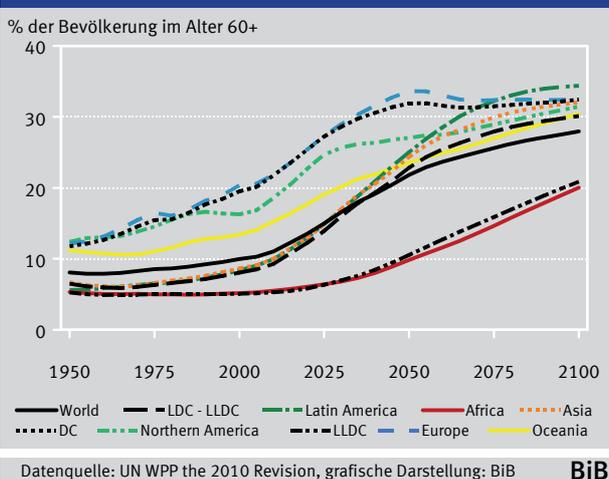


Es wird erwartet, dass der gesamte Bevölkerungszuwachs bis 2050 auf die Städte entfällt, während die ländliche Bevölkerung bis zur Jahrhundertmitte sogar einen leichten Rückgang verzeichnet. Das Wachstum der Städte resultiert dabei sowohl aus einem Geburtenüberschuss der Städte als auch aus einer positiven Wanderungsbilanz mit dem ländlichen Raum. Bereits seit 2008 lebt die Mehrheit der Weltbevölkerung in städtischen Siedlungen. Bis zur Jahrhundertmitte wird der Verstädterungsgrad auch in den bisher noch weniger verstädterten Regionen mehr als 50 % erreichen (Abb. 6-7). Abbildung 9 zeigt die Dynamik des weltweiten Verstädterungsprozesses anhand der Megastädte mit mehr als 10 Mio. Einwohnern im Jahr 2010. Die größten und am stärksten wachsenden Megastädte finden sich dabei derzeit in Asien, die großen

Megastädte des amerikanischen Kontinents: New York, Mexiko City und Sao Paulo gehören mit annähernd 20 Mio. Einwohnern zwar noch zu der Gruppe der größten Megastädte, ihre Wachstumsgeschwindigkeit ist jedoch mit weniger als 10% zwischen 2010 und 2025 im internationalen Vergleich sehr gering. In subsaharischer Afrika findet sich mit Lagos bisher erst eine Megastadt, die diese Schwelle gerade knapp überschritten hat, bei sehr hohem Bevölkerungswachstum herrschen dort aber derzeit fast flächendeckend Verstädterungsquoten mit einem durchschnittlichen jährlichen Wachstum von mehr als 3%, so dass dort in Zukunft schnell weitere Städte die Schwelle zur Megastadt überschreiten werden.

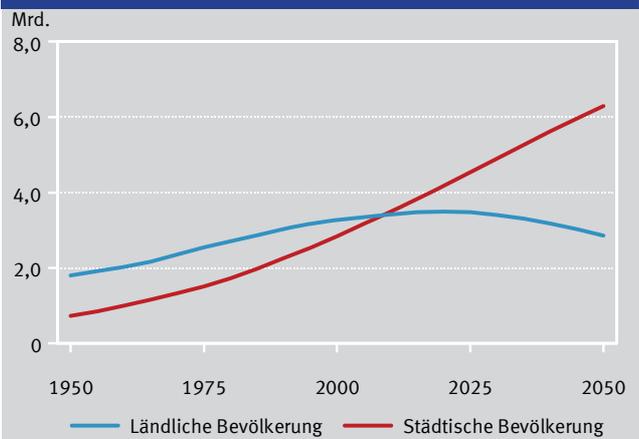
- Aussagen über das künftige Niveau der **internationalen Migration** sind über längere Zeiträume schwer zu treffen, insbesondere, weil die internationale Migration durch politische Rahmenbedingungen beeinflusst wird, die auch kurzfristig größeren Schwankungen unterworfen sein können, wie beispielsweise im Falle von (Bürger-)Kriegen (vgl. Pries 2008). Selbst wenn man, wie es die UN für ihre Modellrechnungen annimmt, von einem weitgehend konstanten Wanderungsniveau bis zur Jahrhundertmitte ausgeht, wird aufgrund der wachsenden Weltbevölkerung die Bedeutung der internationalen Migration weiter zunehmen (vgl. Swiaczny 2006). Bezogen auf die ansässige Bevölkerung verzeichnen die Industrieländer dabei die größten Wanderungsgewinne, während die negativen Wanderungssalden je 1.000 Einwohner in den weniger entwickelten Ländern vergleichsweise gering ausfallen (vgl. Abb.8). Mit dem Bevölkerungswachstum steigende politische Instabilität und die Folgen des

Abbildung 5a+b: Anteil der Bevölkerung im Alter 60+/80+ an der Gesamtbevölkerung, 1950-2100, ausgewählte Regionen und Ländergruppen, mittlere Variante





**Abbildung 6: Ländliche und städtische Bevölkerung, 1950-2050**

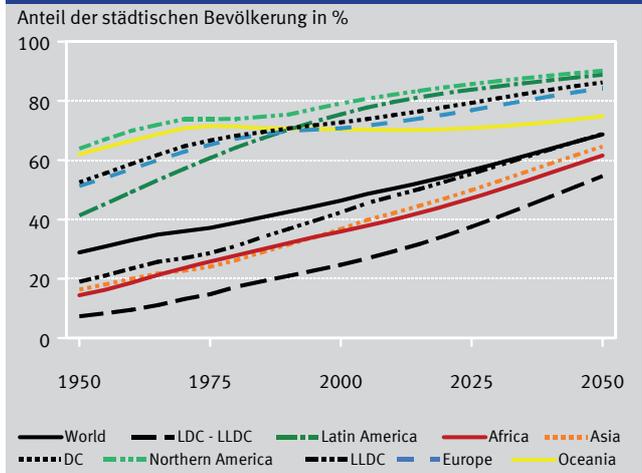


Datenquelle: UN WUP the 2009 Revision, grafische Darstellung: BiB **BiB**

Klimawandels könnten für die Zukunft allerdings auch einen – derzeit nicht abschätzbaren – zusätzlichen Wanderungsdruck erzeugen. Im Beitrag von Ette/Haase in diesem Heft werden aktuelle Fragen zu Wechselwirkungen zwischen Migration und Entwicklung beleuchtet.

- Das starke Wachstum der Weltbevölkerung, das im Mittelpunkt der vorgestellten Bevölkerungsprozesse steht und bis zum Ende dieses Jahrhunderts anhalten wird, lässt immer wieder die Frage nach der ökologischen Nachhal-

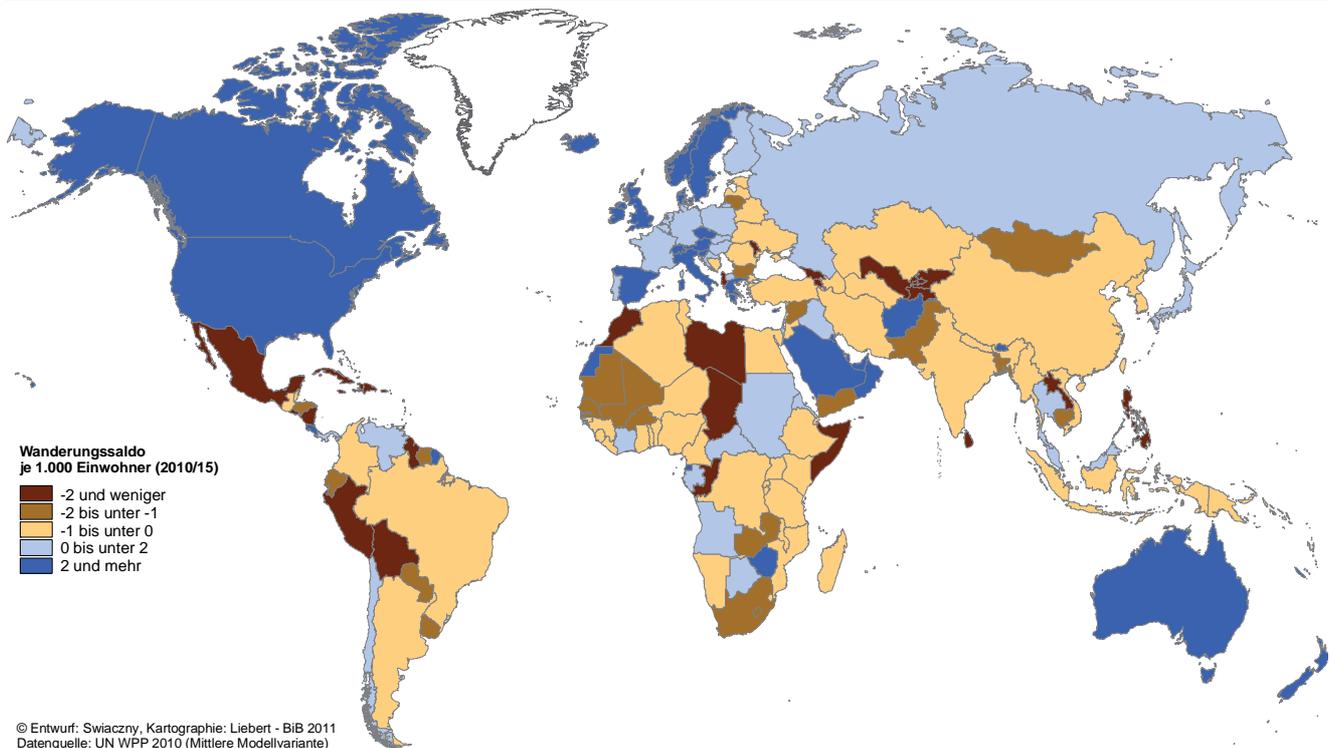
**Abbildung 7: Anteil der städtischen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung, 1950-2050, ausgewählte Regionen und Ländergruppen**



Datenquelle: UN WUP the 2009 Revision, grafische Darstellung: BiB **BiB**

tigkeit und im Hinblick auf die hohen Wachstumsraten in den weniger entwickelten Regionen auch nach der Verteilungsgerechtigkeit aufkommen. Beide Aspekte sollen in den folgenden Abschnitten anhand aktueller Erkenntnisse diskutiert werden.

**Abbildung 8: Internationale Migration, Wanderungssaldo je 1.000 Einwohner 2010/15**



© Entwurf: Swiaczny, Kartographie: Liebert - BiB 2011  
Datenquelle: UN WPP 2010 (Mittlere Modellvariante)

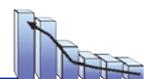
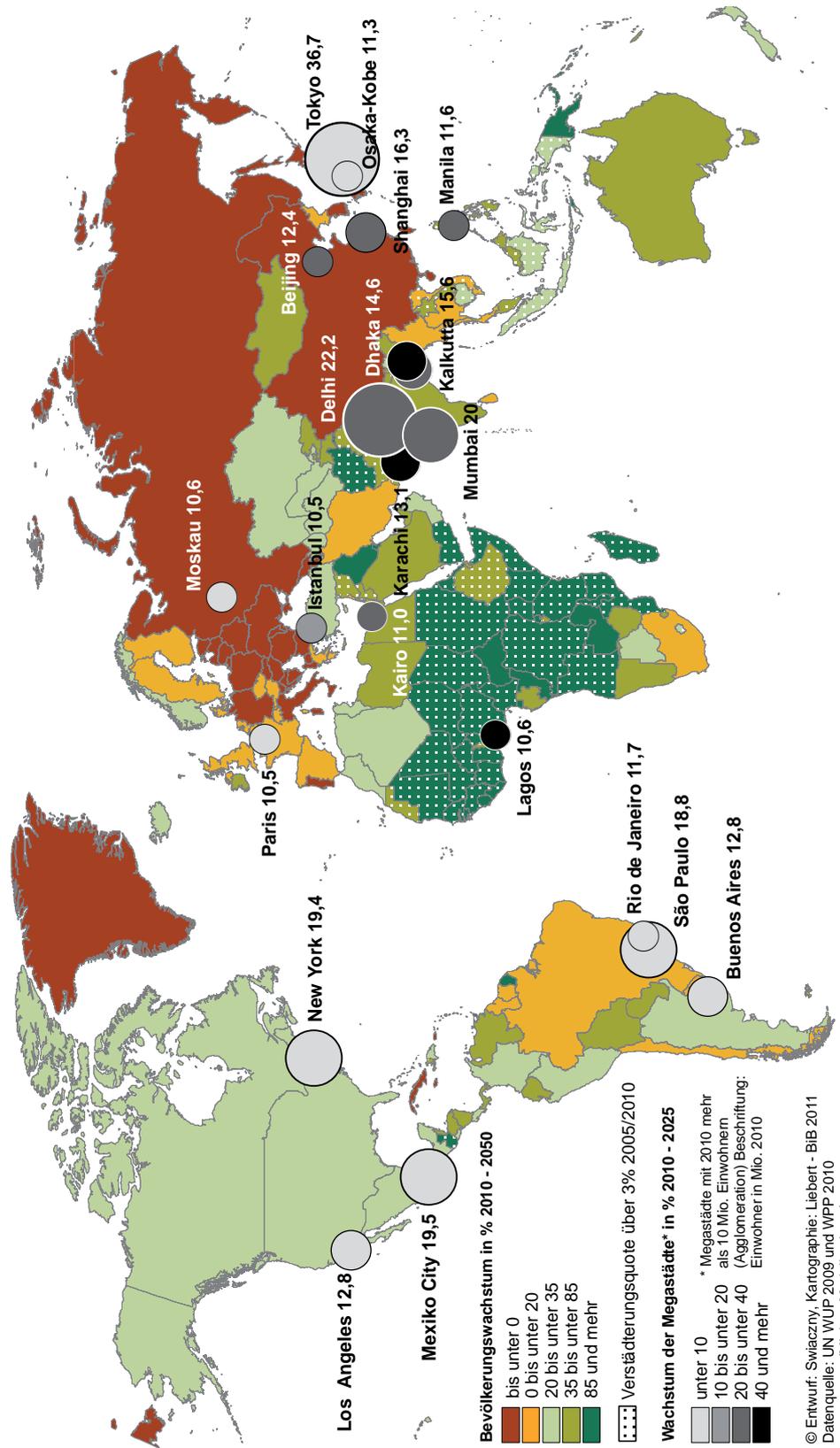


Abbildung 9: Verstädterung und Megastädte





Christian Fiedler

## Ernährung – Umwelt – Nachhaltigkeit\*

### (1) Ernährung

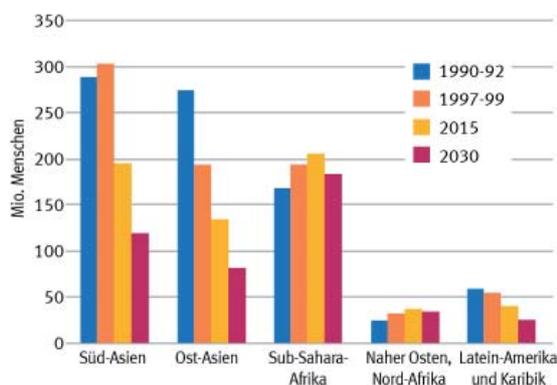
In den letzten beiden Jahrzehnten hat sich die globale Ernährungssituation erheblich verändert (vgl. Bohle 2001; Bongaarts 1996; Cohen 1996; Dyson 1996; Godfray et al. 2010; Heilig 1996). In weiten Teilen Süd- und Südost-Asiens, aber auch in Nordafrika, im Nahen Osten, in Lateinamerika und in der Karibik wurden deutliche Fortschritte bei der Nahrungsmittelversorgung erreicht. Auf der anderen Seite stehen Regionen, in denen sich die Ernährungslage kaum oder nur wenig verbessert hat. Vor allem in einigen Ländern südlich der Sahara ist die Versorgungssituation weiterhin kritisch – hier hat sich die Lage seit 1990 allenfalls marginal gebessert. Hunger und Unterernährung sind dabei stets mit dem Merkmal der Armut verbunden. Gestiegene Lebensmittel- und Rohstoffpreise stellen deshalb in diesen Regionen ein erhebliches Problem dar, das in erster Linie die Kinder armer Familien betrifft. Die Bekämpfung der Armut ist folglich ein zentrales Ziel im Kampf gegen Hunger und Unterernährung (von Grebmer et al. 2008: 5).

Trotz der immer noch schwierigen Situation in vielen Entwicklungsländern geht die Welternährungsorganisation FAO bis 2030 weltweit von einer tendenziell optimistischen Prognose aus (FAO 2002: 9ff, Abb. 10). So könnte der Anteil unterernährter Menschen in diesen Regionen bis 2015 auf elf Prozent und bis 2030 sogar auf sechs Prozent sinken (FAO 2002: 17). Aufgrund des anhaltenden Bevölkerungswach-

tums wird die absolute Zahl an Unterernährten dabei jedoch nur langsam abnehmen. Im Jahr 2015, so rechnet die FAO, dürfte es 610 Millionen Unterernährte geben, im Jahr 2030 immerhin noch 440 Millionen. Aus regionaler Sicht profitieren vor allem der Osten und der Süden Asiens von einer verbesserten Ernährungslage. Bis 2030 prognostiziert die FAO einen Rückgang in Süd-Asien auf etwa 119 Millionen unterernährte Menschen, in den Ländern Ost-Asiens könnte sich die Zahl von gegenwärtig 193 Millionen Unterernährten sogar halbieren. Im Gegensatz dazu sind die Aussichten für die Subsahara-Region, Nordafrika und den Nahen Osten weniger erfolgversprechend. Auch wenn der prozentuale Anteil Unterernährter in diesen Regionen weiter abnehmen wird, so steigt die absolute Zahl an Betroffenen vorerst dennoch weiter an. Nach Erwartungen der FAO werden 2030 noch immer 15 % der subsaharischen Bevölkerung oder 183 Millionen Menschen unterernährt sein. Damit bleibt die Versorgungssituation in dieser Region weiterhin problematisch.

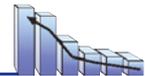
Die FAO geht für ihre Prognose bis zum Jahr 2030 von einer weltweiten Steigerung der Nahrungsmittelproduktion um jährlich 1,3 % aus, wobei das Wachstum in den Entwicklungsländern mit 1,7 % größer sein wird als in den Industrieländern mit 0,6 %. Im Vergleich zu den vergangenen Dekaden, als per annum noch über 2 % Wachstum erreicht wurde, fällt der weitere Zuwachs der weltweiten Nahrungsmittelproduktion damit zwar geringer aus, steht aber dennoch im Einklang mit dem künftig erwarteten Bevölkerungswachstum, sofern die von der FAO für erforderlich gehaltenen nationalen und internationalen Maßnahmen zur Förderung der Landwirtschaft umgesetzt werden können. Um die Zahl hungriger und unterernährter Menschen reduzieren zu können, nennt die FAO zwei wichtige Voraussetzungen: den Vorrang lokaler Nahrungsmittelproduktion sowie einen gleichberechtigten Zugang zu (günstigen) Nahrungsmitteln. Jüngst hat die FAO zudem darauf hingewiesen, dass weiter große Nachernteverluste bei Produktion, Verteilung und Lagerung von Lebensmitteln bestehen, die ein erhebliches Potential für Einsparung darstellen, ohne dass hierfür zusätzliche Nutzflächen oder andere natürliche Ressourcen erforderlich werden (siehe dazu <http://www.fao.org/news/story/en/item/36844/icode/>). Globale Engpässe, so die FAO-Studie, sind wenig wahrscheinlich; problematisch ist vielmehr

Abbildung 10: Die Anzahl unterernährter Menschen 1990/92-2030 nach Region



Quelle: FAO (2002): World agriculture. Towards 2015/2030. Summary report. Rome: Food and Agriculture Organization. S. 17.

\* Sämtliche angeführten Literaturangaben befinden sich im Literaturverzeichnis auf Seite 14/15.



die Versorgungssituation auf nationaler oder regionaler Ebene (FAO 2002: 11). Umso größere Bedeutung kommt deshalb der Frage nach der Verteilungsgerechtigkeit zu, denn Entwicklungsländer könnten in absehbarer Zeit noch stärker abhängig von Lebensmittelimporten werden als bisher und beispielsweise in Konkurrenz treten zur verstärkten Nutzung von pflanzlichen Rohstoffen für industrielle Zwecke oder als Energieträger (<http://www.welthungerhilfe.de/biokraftstoff-lebensmittelpreise.html>). Letzteres trifft hier erneut vor allem die armen Bevölkerungsteile.

**(2) Umwelt**

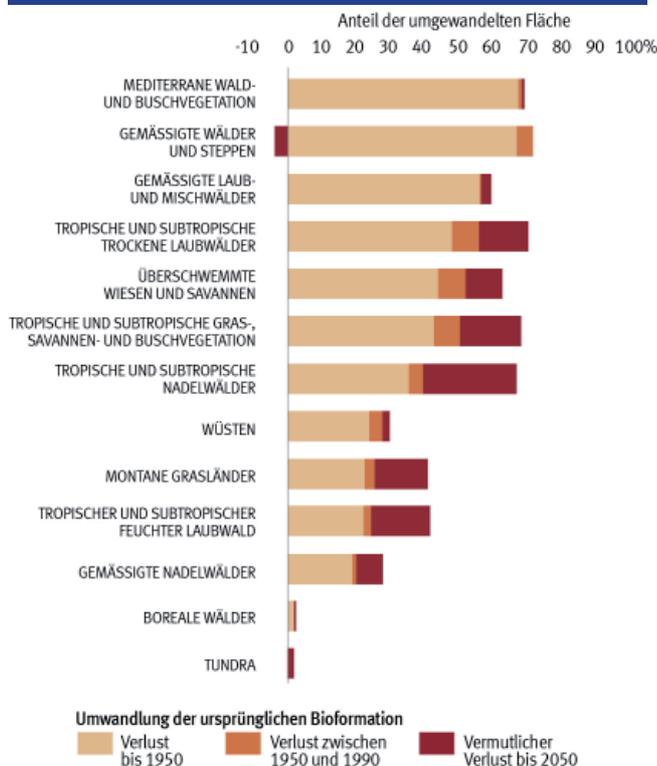
Die Sicherung der Nahrungsmittelversorgung steht in engem Zusammenhang mit der Verfügbarkeit und Nutzung von natürlichen Ökosystemen, die darüber hinaus noch weitere unverzichtbare Ökosystem-Dienste für nachhaltiges menschliches Leben auf der Erde erbringen (vgl. Harrison et al. 2000; Reid 2005; Satterthwaite et al. 2010; Smith et al. 2010). Um den steigenden Bedarf an Lebensmitteln, Trinkwasser, Holz und Brennstoffen zu decken, wurden die Strukturen dieser Ökosysteme in den letzten fünf Jahrzehnten

stärker durch Menschen verändert als jemals zuvor – womit teilweise die Fähigkeit beeinträchtigt wurde, wichtige Ökosystem-Dienste auch weiterhin zu erbringen (Reid 2005: 1). Alleine zwischen 1950 und 1980 wurde mehr Land in landwirtschaftliche Nutzfläche umgewandelt als in der Periode zwischen 1750 und 1900, als die großen Prärien Nordamerikas und der früheren Sowjetunion unter Bewirtschaftung genommen wurden. So gelten heute etwa 24 % der Landoberfläche als kultiviert (Reid 2005: 26) – und die Tendenz ist weiter steigend, mit erheblichen Auswirkungen auf die Artenvielfalt. Dies geschieht gegenwärtig besonders stark in den Entwicklungsländern – damit holen diese Regionen eine Entwicklung nach, die industrialisierte Länder in vergleichbarer Weise bereits erlebt haben.

Die Umwandlung terrestrischer Bioformationen steht als ein Indikator für die ökologischen Auswirkungen der wirtschaftlichen Entwicklung einer Region und ihres Bevölkerungswachstums (Abb. 11). Bis 1950 beispielsweise wurden bereits knapp 70 % der ursprünglichen mediterranen Waldfläche umgenutzt. In den folgenden Jahrzehnten bis 1990 war die weitere Entwicklung nur noch marginal und auch die Prognosen bis 2050 gehen nur noch von einer geringfügigen Veränderung aus. Auch bei den Wäldern und Grasländern der gemäßigten Breiten hat sich die stärkste Umnutzung bis 1950 vollzogen und seither verlangsamt. Für die Zukunft wird hier sogar wieder mit einer Zunahme der ursprünglichen Vegetation gerechnet. Die stärksten Veränderungen werden bis zur Mitte des Jahrhunderts die typischen Bioformationen der Tropen und Subtropen erfahren: tropische und subtropische Wälder, Grasland und Savannen – und damit sind Ökoregionen betroffen, in denen überdurchschnittlich hohes Bevölkerungswachstum und/oder wirtschaftliche Entwicklung erwartet werden. Die borealen Nadelwälder sowie die Tundren der Subpolarregionen werden in den nächsten Jahrzehnten ebenfalls verstärkt Veränderungen unterliegen und zeigen damit exemplarisch den Einfluss, den menschliches Handeln über die erwartete Klimaerwärmung auch auf periphere Regionen ausübt (zu den Auswirkungen des Klimawandels sei an dieser Stelle auf den Synthesebericht der IPCC (2008) verwiesen).

Die intensive Nutzung von Ökosystemen hat wesentlich dazu beigetragen, die Lebensbedingungen und die wirtschaftliche Situation vieler Menschen zu verbessern. Allerdings ist dieser Zugewinn an Lebensqualität in vielen Fällen einer Übernutzung geschuldet, die mittelfristig zur Degradierung von Lebensräumen und zu einem Rückgang der Arten-

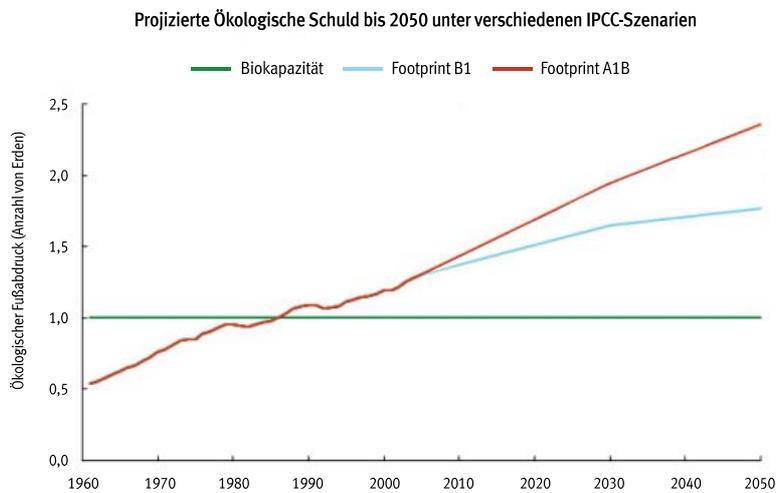
**Abbildung 11: Entwicklung von terrestrischen Bioformationen bis 2050**



Quelle: Ecosystems and Human Well-Being. A Report of the Millenium Ecosystem Assessment. Washington 2005



Abbildung 12: Ökologischer Fußabdruck 1960-2050



Quelle: Ewing et al. 2008: 27

vielfalt führt. Der Bericht des Millennium Ecosystem Assessment kommt entsprechend zur Schlussfolgerung, dass die Übernutzung von Ökosystemen Ertragseinbußen für kommende Generationen zur Folge haben wird. In der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts könnte es dabei zu einer verstärkten Degradierung von Ökosystem-Dienstleistungen kommen (Reid 2005: 1). Es wird daher darauf ankommen, nachhaltige Managementsysteme einzuführen und eine gerechte Verteilung der Landnutzung sicherzustellen (FAO 2002: 64).

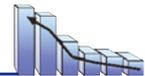
### (3) Nachhaltigkeit

Ausgehend von einer weiter steigenden Weltbevölkerung sowie dem zunehmenden Bedarf an Rohstoffen und Gebrauchsgütern wird die Frage nach der nachhaltigen Nutzung der weltweiten Ökosysteme einen zentralen Punkt einnehmen (vgl. Alexandratos 2005; Harrison et al. 2000; McNicoll 2005; Pearce 2010; Swiaczny/Schulz 2009; UNFPA 2001; Weltbank 2003). Ein anschauliches Bild des Konzepts der „Nachhaltigkeit“ - und wie sie gemessen werden kann - vermittelt der „Ökologische Fußabdruck“. Das zugrunde liegende Konzept wurde in den 1990er Jahren von Mathis Wackernagel und William Rees entwickelt (vgl. Kitzes 2007 et al.: 1). Dabei wird der Umfang des menschlichen Konsums umgerechnet auf die Naturfläche, die zur Erzeugung und Entsorgung der verbrauchten Güter notwendig ist. Er stellt eine ökologische Bilanz der menschlichen Lebensführung dar, die aufzeigt, wie die Menschen mit ihrem verfügbaren „Naturbudget“, der Biokapazität, haushalten.

Nach dieser – nicht unumstrittenen – Messmethode verbraucht die Menschheit seit Mitte der 1980er Jahre mehr Ressourcen als nachhaltig genutzt werden können. Dies führt zu einer Überbelastung der Ökosysteme und letztlich zu einem „ökologischen Overshoot“. Den Berechnungen des Global Footprint Network (vgl. Ewing et al. 2010) zufolge übersteigt der globale Ressourcenverbrauch die vorhandene Biokapazität gegenwärtig um das Eineinhalbfache. Und die Prognosen bis 2050 gehen von einer weiteren Überbeanspruchung der globalen Ökosysteme aus. Auf Basis von mittleren Projektionen internationaler Institutionen wie der UN Bevölkerungsabteilung, der FAO oder des Zwischenstaatlichen Ausschusses für Klimaänderungen (IPCC) hat das Global Footprint

Network die Entwicklung des ökologischen Fußabdrucks bis 2050 berechnet (Abb. 12). Vorausgesetzt, die zugrundeliegenden Annahmen treffen ein, wird der ökologische Fußabdruck bis 2050 etwa auf das Zwei- bis Zweieinhalbfache der globalen Biokapazität anwachsen (Ewing et al. 2008: 26). Die beiden dargestellten Varianten unterscheiden sich vor allem in der Annahme über die Höhe der künftigen Treibhausgas-Emissionen; diese gelten nicht nur als der größte, sondern auch als der unsicherste Einflussfaktor des Footprints. Modell A1B geht dabei von einem raschen Wirtschaftswachstum, einer bis 2050 steigenden Weltbevölkerung und einer ausgewogenen Nutzung von Energieträgern aus. Modell B1 hingegen basiert auf einer ähnlichen Bevölkerungsentwicklung wie A1B, jedoch mit einem schnelleren Übergang zu einer Dienstleistungs- und Informationswirtschaft (vgl. IPCC 2008: 48).

Um eine irreversible Erschöpfung oder gar einen möglichen Kollaps globaler Ökosysteme zu verhindern, fordern Kitzes et al. (2007: 8) eine Strategie des „Shrink and Share“. Unter „Shrink“ verbirgt sich dabei eine Reduzierung des Fußabdrucks, mit dem Ziel, den Verbrauch erneuerbarer Ressourcen so zu reduzieren, dass die Regenerationsfähigkeit der Erde nicht länger überstiegen wird. Mit dem Stichwort „Share“ verknüpfen sie die Forderung, dass die Nutzung von Biokapazität allen Menschen, Nationen und Regionen gleichmäßig zugute kommen muss.



Frank Swiaczny (BiB) und Barbara Müller (Forschungszentrum Sozial- und Kulturwissenschaften SOCUM, Universität Mainz)

## Bevölkerung – Entwicklung – Verteilungsgerechtigkeit

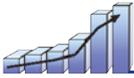
Hohes Bevölkerungswachstum wurde, prominent beeinflusst u.a. durch die Ideen von Robert Malthus, in der Vergangenheit häufig als Problem für die menschliche Entwicklung betrachtet (vgl. Swiaczny 2011). Danach droht hohes Bevölkerungswachstum stets den potentiellen Zuwachs unverzichtbarer Ressourcen (bei Malthus: Nahrung) zu überschreiten und an die „Grenzen des Wachstums“ (Meadows 1982) zu stoßen. Dieser Gedanke ist seither vielfach kritisiert und durch zahlreiche Fakten wiederlegt worden, nicht zuletzt durch die seit der Zeit von Malthus kontinuierlich gestiegene Weltbevölkerung und das weltweit noch immer steigende Konsumniveau. Dennoch bleiben (Neo-)Malthusianische Überlegungen hinsichtlich des negativen Zusammenhangs zwischen hohem Bevölkerungswachstum und menschlicher Entwicklung (z.B. gemessen am Human Development Index oder den Indikatoren der Millennium-Entwicklungsziele) prägend, scheint es doch offensichtlich, dass bei sonst gleichen Produktions- und Konsummustern verfügbare Ressourcen auf mehr Menschen verteilt bzw. mehr Ressourcen eingesetzt werden müssen, um bei einer wachsenden Bevölkerung ein vorgegebenes Konsumniveau garantieren zu können (vgl. Birdsall/Sinding 2001; Gould 2009; Simon 1981;

UN 2010; Worldbank 2007). In Tabelle 1 sind eine Auswahl an Argumenten pro und contra Bevölkerungswachstum gegenübergestellt.

Wie am Beispiel der agraren Tragfähigkeit im Zusammenhang mit der Frage der Nahrungsmittelversorgung bzw. der ökologischen Nachhaltigkeit im Kontext des Klimawandels weiter oben gezeigt werden konnte, haben einerseits Innovationen bisher eine deutliche Produktivitätssteigerung erlaubt und auch für die Zukunft ist absehbar, dass eine wachsende Weltbevölkerung unter optimalen Bedingungen und gerechter Verteilung ausreichend ernährt werden kann. Andererseits steht die Produktion von ausreichend Nahrungsmitteln in Konkurrenz zur Produktion von Konsumgütern im weitesten Sinne und unter den bisherigen Produktions- und Konsummustern ist bereits heute, wie im Beitrag von C. Fiedler in diesem Heft gezeigt, die Schwelle einer nachhaltigen Entwicklung überschritten. Eine Ausdehnung des gegenwärtigen Konsumniveaus der Industrieländer auch auf die weniger entwickelten Regionen, wie sie mit der Idee der „Entwicklung“ verbunden ist, lässt sich unter den heute absehbaren Möglichkeiten nur auf Kosten weiterer negativer ökologischer Folgen erreichen, wie sie durch steigen-

**Tabelle 1: Wechselwirkungen zwischen Bevölkerung und Entwicklung**

Bevölkerungswachstum positiv	Bevölkerungswachstum negativ
<b>Quantitative Effekte</b>	
Bei sonst gleichen Produktions- und Konsummustern: • Druck auf Mensch-Umwelt-System (Knappheit) mobilisiert Innovationspotenzial (-> „Grüne Revolution“, grüne Gentechnik, nachhaltige Entwicklung) • Sinkende pro Kopf Ausgaben für Infrastrukturausstattung, Bildung, Gesundheit etc. (-> Economics of Scale: höhere Zuwächse bei menschlicher Entwicklung – Human Development Index/Millennium Entwicklungsziele) Höhere Anzahl an Arbeitskräften und Konsumenten fördert Wirtschaftswachstum (-> Economics of Scale, Arbeitskraft als Ressource)	Bei sonst gleichen Produktions- und Konsummustern: • Höhere absolute Inanspruchnahme von Energie, Rohstoffen, Wasser, Nutzfläche, Ökosystem-Diensten etc. (-> Gefährdung Nachhaltigkeit, Klimawandel) • Geringere Pro-Kopf-Zuwächse bei Infrastrukturausstattung, Bildung und Gesundheit (-> geringere Zuwächse bei menschlicher Entwicklung – Human Development Index/ Millennium Entwicklungsziele) • Geringere Pro-Kopf-Zuwächse bei Konsum, geringere Pro-Kopf-Investitionen (-> geringere Produktivitätssteigerung pro Arbeitskraft)
<b>Dynamische Effekte</b>	
Bevölkerungswachstum als Folge des demografischen Übergangs, ausgelöst durch steigende Lebenserwartung/sinkende Sterblichkeit, beginnend mit Rückgang der Säuglings- und Kindersterblichkeit (-> menschliche Entwicklung). Bevölkerungswachstum als (ein) Faktor für rückläufige Fertilität (begleitet von gesellschaftlicher Modernisierung) Bevölkerungswachstum als Ausdruck wachsender Spielräume menschlicher Entwicklung (-> optimistische Bewertung des Potenzials für technologischen Fortschritt)	Bevölkerungswachstum ohne demografischen Übergang theoretisch möglich (-> Stagnation des Fertilitätsrückgangs) Bevölkerungswachstum erzeugt Druck für antinatalistische Bevölkerungspolitik (vs. individuelles Recht, über Zeitpunkt und Zahl der Kinder frei zu entscheiden) Demografische Dividende zeitlich befristet, positive Effekte von Rahmenbedingungen abhängig (-> gute Regierungsführung), Vorsorge für Alterungsprozess belastet Potenzial für Entwicklung Anhaltendes Bevölkerungswachstum kann theoretisch (und langfristig auch praktisch) nicht nachhaltig sein (-> Neomalthusianische Position)
<b>Regionale Effekte</b>	
Höhere Bevölkerungsdichte erzeugt: • Tragfähigkeit für höherwertige Infrastruktur und Versorgungsangebote im ländlichen Raum (-> Verkehrserschließung, Geldwirtschaft) • Verstädterung als Voraussetzung für Entwicklung (-> Standort zentraler Infrastruktur und Wirtschaft, Knoten für Integration in internationale Netzwerke etc.)	Höhere Bevölkerungsdichte erzeugt: • Verdrängung traditioneller Wirtschaftsweisen und zugehöriger sozialer Strukturen (-> Veränderung anthropogen geprägter Ökosysteme) • Erhöhung regionaler Disparitäten und sozialer Folgen von (Binnen-)Wanderung (-> „Landflucht“, Brain drain)
Quelle: eigener Entwurf, Literaturnachweis in Swiaczny, 2011	



de Ressourcennutzung (z.B. klimaschädlicher Energieträger) zu erwarten sind und derzeit in den wachsenden Schwellenländern auch auftreten. Eine Steigerung des Versorgungsniveaus der weniger entwickelten Länder steht damit unmittelbar im Spannungsfeld von Nachhaltigkeit und Verteilungsgerechtigkeit: Ausgehend von der Überlegung, dass die ökologischen Folgen der weiter steigenden Inanspruchnahme von Ressourcen eine Nachhaltigkeitsgrenze setzen, lassen sich Konsumzuwächse in den weniger entwickelten Regionen – bei unveränderten Produktionsmustern – nur durch Verzicht in den Industrieländern erreichen (Kitzes et al. 2007). Mit hohem Bevölkerungswachstum in den weniger entwickelten Ländern verschärft sich dieser Konflikt, selbst wenn eine nachhaltige Produktivitätssteigerung unterstellt wird, wie sie hypothetisch aus der positiven Position in Tabelle 1 abgeleitet werden kann. Antinatalistischen Positionen, die eine möglichst schnelle Begrenzung des Bevölkerungswachstums in den weniger entwickelten Regionen als eine Voraussetzung für weitere positive Entwicklung propagieren, ist entsprechend kritisch vorgehalten worden, dass dies vor allem vor dem Hintergrund geschieht, die Privilegien der Industrieländer nicht in Frage stellen zu müssen (vgl. Hardin 1968). Untermauert wird diese Kritik durch das Argument, dass viele Länder mit einem vergleichsweise hohen Bevölkerungswachstum bisher nur einen geringen Anteil an den verfügbaren Ressourcen in Anspruch nehmen. Dies lässt sich sehr einfach anhand des Bevölkerungswachstums und der Bevölkerungsdichte (als grobe Näherung für den Bevölkerungsdruck auf die Umwelt) veranschaulichen, gilt aber auch beispielsweise für den bereits beschriebenen „ökologischen Fußabdruck“, der die ökologische Nachhaltigkeit des Konsums unter Berücksichtigung der aktuellen Produktionsmuster ermittelt. Danach übernutzen die Industrie- und zahlreiche Schwellenländer bereits heute ihren Anteil an nachhaltiger Biokapazität, während viele Entwicklungsländer mit einem hohem Bevölkerungswachstum gegenwärtig erst einen geringen Anteil ausschöpfen (vgl. Swiaczny/Schulz 2009: Abbildung 4, 5 und 10).

### (1) Verteilungsgerechtigkeit

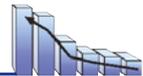
Fragen der Verteilungsgerechtigkeit spielen im dargestellten Kontext entsprechend eine zunehmende Rolle. Daher sollen im folgenden Abschnitt einleitend einige Grundlinien aktueller theoretischer Diskurse zu Verteilungsgerechtigkeit skizziert und die praktischen Probleme, die sich bei der Umsetzung stellen, analysiert werden. Um bereits heute, aber

vor allem auch künftig allen Menschen ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen (d.h. ihnen gesicherten Zugang zu lebensnotwendigen Ressourcen zu gewährleisten, vgl. UN 2000: § 25, siehe auch Nussbaum 2006: 273-281), ist unter den geschilderten Prämissen eine weltweite Umverteilung von Ressourcen erforderlich. Hierzu hat sich in der Vergangenheit ein breiter Konsens entwickelt, der sich unter anderem in der Verwirklichung der Menschenrechte in internationalen Abkommen, beispielsweise den Millenniums-Entwicklungszielen (Pogge 2004, 2005; Holtz 2010; UN 2000, 2010), widerspiegelt. Die Form der Umverteilung, also die Frage, was wie von wem an wen umverteilt werden soll und wann dies als gerecht legitimiert werden kann, ist dagegen umstritten. Praktische Probleme, wie fehlende Anreizsysteme und Sanktionsstrukturen auf globaler Ebene, mächtige Partikularinteressen, die nicht das Wohl aller Menschen zum Ziel haben, sowie fehlende öffentliche Aufmerksamkeit erschweren das Zustandekommen eines gleichmäßigen Zugangs zu knappen Ressourcen.

### (2) Legitimation gerechter Umverteilung

Zunächst stellt sich die Frage nach dem Zustand einer ideal gerechten Verteilung. Wie sollte, unabhängig von praktischen Problemen der Verwirklichung, eine Verteilung aussehen, die als gerecht legitimiert werden kann? Die in der Literatur diskutierten Positionen können in zwei Lager unterteilt werden. Die einen rechtfertigen Umverteilung als Grundlage für die Bekämpfung absoluter Armut. Niemand sollte verhungern müssen, während in anderen Teilen der Welt ein Überschuss an Ressourcen herrscht (vgl. z. B. Rawls 2002). Die anderen interpretieren Umverteilung über die Bekämpfung von Ungleichheit. Für diese Autoren geht Umverteilung über Armuts- bzw. Elendsbekämpfung hinaus und impliziert eine Angleichung der unterschiedlichen Lebenschancen und Lebensstandards (vgl. Barry 2005, Nussbaum 2002, Pogge 2007). Beiden Ansätzen liegen unterschiedliche Gerechtigkeitsprinzipien zugrunde (vgl. Ernst/Losada 2010).

Während die erste Position die Notwendigkeit der Umverteilung mit der Pflicht zur Hilfe für Notleidende begründet, stellt die zweite Position die Legitimation des Reichtums wohlhabender Staaten grundsätzlich in Frage. Umverteilung wird nicht als Pflicht zur Hilfe, sondern als Akt ausgleichender Gerechtigkeit eines ungerechten Zustands gesehen. Solche Überlegungen gehen davon aus, dass die Lebenschancen des Einzelnen nicht durch Umstände bestimmt sein dürfen, für die er nicht verantwortlich ist und die sich seiner Beein-



flussung entziehen. Genauso wie die Verteilung von natürlichen Eigenschaften wie Stärke, Schönheit, Talent, Hautfarbe oder kognitive Leistungsfähigkeit Ergebnis einer natürlichen Lotterie ist, ist auch der Geburtsort eine zufällige Gegebenheit, die weder einen lebensbeeinflussenden Vorteil, noch einen lebensbedrohlichen Nachteil darstellen sollte. Es scheint einen starken intuitiven Konsens zu geben, dass Lebenschancen nicht aufgrund solcher unverdienter Zufälligkeiten determiniert werden sollten – viele nationale Rechtssysteme haben dieses Prinzip entsprechend in einem Verbot individueller Diskriminierung umgesetzt. Aus dieser Überlegung folgt, dass jeder Mensch ein Anrecht auf eine minimale Ausstattung mit lebensnotwendigen Ressourcen, wie Nahrung, Wohnung, Kleidung, Bildung und Schutz vor körperlicher und psychischer Gewalt hat. Auf solchen Argumentationen beruhen die Legitimationsgrundlagen von Menschenrechtsansätzen (vgl. z.B. Nussbaum 2006). Staatsgrenzen spielen dabei, wenn überhaupt, nur eine funktionale Rolle.

Auf der anderen Seite finden sich Positionen, die einer globalen Umverteilung gesellschaftliche Souveränität entgegenstellen. Sie sehen in umfassenden Menschenrechtsansätzen die Gefahr eines westlichen Paternalismus und der Übertragung „westlicher Werte“ auf fremde Kulturen und Gesellschaften, deren Recht auf Selbstbestimmung dadurch verletzt wird (vgl. MacIntyre 1999, Walzer 1994). Danach wird durch Umverteilung nicht nur die Souveränität der Empfängerstaaten eingeschränkt, sondern ebenso die der Geberstaaten. Der libertäre Ansatz von Robert Nozick, dass eine natürliche Verteilung keine ungerechte sein kann, weil sie eben nicht von Menschen herbeigeführt wurde und somit die natürlich Bevorteilten nicht für ihr Glück bestraft und zu Abgaben gezwungen werden dürften (Nozick 1974: 149-180), findet zwar in der zeitgenössischen Literatur nur noch wenig Unterstützung, spiegelt aber doch eine verbreitete Einstellung in der Bevölkerung wohlhabender Staaten.

Im Hinblick auf die zunehmende Globalisierung und Vernetzung der Welt wäre es jedoch ein Trugschluss, die benachteiligten Situationen vieler Länder (oder besser der benachteiligten Individuen in diesen Ländern) ausschließlich auf regionale Faktoren, wie schlechte Regierungspolitik, Bürgerkriege, mangelnde Ausbildung, schwierige lokale Umweltbedingungen und regionale Ressourcenknappheit zurückzuführen und globale Einflüsse dabei außer Acht zu lassen. Ein Beispiel für solche globalen Einflüsse ist die Anerkennung illegitimer lokaler Machthaber, die nicht die Interessen der Bevölkerung vertreten, als Handelspartner durch Ak-

teure aus Industrienationen. Durch solche Praktiken werden ungerechte Machtstrukturen verstärkt und die Lebensbedingungen der unterdrückten Bürger zusätzlich verschlechtert (Pogge 2007: 136). Auch die Folgen der Kolonialzeit, mit denen viele Entwicklungsländer auch heute noch zu kämpfen haben, machen deutlich, dass Industrieländer eine maßgebliche Verantwortung für die Situation in Entwicklungsländern mittragen und eine faire Chancengleichheit zwischen den Ländern nie bestanden hat. Diese Argumentation hat auch die Diskussion um die Frage nach den Ursachen von Armut und Unterentwicklung im Kontext der Entwicklungszusammenarbeit lange geprägt (vgl. Boserup 1996; Müller-Mahn/Verne 2010; Preston 1996).

Durch fortschreitende Globalisierungsprozesse werden nicht nur die Wechselbeziehungen zwischen Gesellschaften intensiviert, sondern auch die Sichtbarkeit der unterschiedlichen Verteilung von Wohlstand und Armut erhöht. Autoren wie Brian Barry machen deutlich, dass Armut ein relativer Begriff ist und sich immer nur im Vergleich zur Situation Anderer definiert (vgl. Barry 2005: 173f.). Wie „arm“ jemand ist, steht stets in Relation zur Gesellschaft, in der er lebt. Relative Armut drückt sich demnach darin aus, wie stark Menschen in ihren Lebenschancen benachteiligt werden. Studien zeigen dabei, dass mit ungleicher Verteilung von Lebenschancen in einer Gesellschaft generell auch die Zufriedenheit der Bevölkerung insgesamt geringer ist (Wilkinson/Pickett 2009). In einer zunehmend globalisierten Welt bleibt die Wirkung von Ungleichheit nicht auf einzelne Gesellschaften beschränkt, da die Sichtbarkeit und Vergleichbarkeit der Lebenssituation nationalstaatliche Grenzen überschreitet (vgl. Milanovic 2007: 43f.).

Losgelöst von der Diskussion über eine gerechte Verteilung, steht die Diskussion über eine effiziente Verteilung. Ein vielverwendetes Argument postuliert, dass nur durch das Vorantreiben der Entwicklung und des Wohlstandes reicher Länder auch der Lebensstandard ärmerer Länder verbessert wird und durch Kooperation im Ergebnis beide Seiten gewinnen (Pogge 2007: 142ff.). In dieser Perspektive wird die Präferenz für eine Bekämpfung von absoluter Armut gegenüber der Verringerung von Ungleichheit mit Argumenten einer liberalen Ethik nach John Rawls legitimiert, dass in einer gerechten Gesellschaft Ungleichheiten dann gerechtfertigt sind, wenn sie die Situation der am schlechtesten gestellten Individuen verbessern (Rawls 2003: 56).

Eine Umverteilung mit dem Ziel einer nachhaltigen Nutzung knapper globaler Ressourcen stellt jedoch eine andere



Situation dar. Durch Kooperation entsteht hier nicht zwangsläufig ein für beide Seiten vorteilhafter Wohlstandsgewinn – wenn man, wie dies bisher üblich ist, globale Umweltfolgen bei der Konstruktion von Wohlstandsindikatoren vernachlässigt (vgl. Kumar (Hrsg.) 2010). In diesem Fall muss eine Seite zugunsten der anderen auf die Nutzung knapper Ressourcen verzichten und übt damit ggf. auch Wohlstandsverzicht. Ein solcher Verzicht kann dabei aufgrund der geringen globalen Sanktionsmechanismen und der fehlenden ökonomischen Anreize (bei fehlenden Kosten für negative Folgewirkungen) nur über Gerechtigkeitsprinzipien motiviert werden, was deren Bedeutung erneut unterstreicht. Einen Konsens für eine solche Umverteilung zu erreichen, die in Konsequenz auch eine Verringerung von Ungleichheit bedeutet, erfordert eine komplexere Legitimierung und ist deutlich komplizierter zu realisieren. Dies scheint ein pragmatisches Argument gegen den Ansatz zur Ungleichheit und zugunsten einer schnellen und konsensfähigen Armutsbekämpfung zu sein. In Anbetracht der akuten und lebensbedrohlichen Situation der an Armut und Hunger Leidenden scheint eine Debatte über relative Armut und soziale Benachteiligung durch Ungleichheit eher zweitrangig – die oben geschilderten Zusammenhänge zeigen jedoch, dass diese Argumentation angesichts globaler Herausforderungen durch den Klimawandel zu kurz greift.

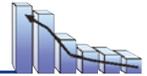
### (3) Probleme der Realisierung

Wie die Probleme mit der Umsetzung der Millenniums-Entwicklungsziele in der Vergangenheit zeigen, werden Maßnahmen häufig nur zum Teil oder nur sehr langsam umgesetzt, selbst wenn diesbezüglich ein breiter Konsens besteht. Mögliche Erklärungen dafür sollen im Folgenden erläutert werden.

Knappe Ressourcen, von deren Nutzung niemand ausgeschlossen werden kann (z.B. saubere Umwelt), sind häufig von Übernutzung bedroht, obwohl ein umfassendes Interesse an ihrem Erhalt besteht. Die Logik dieses Phänomens wird – geprägt von Elinor Ostrom (1990) – als „Tragödie der Allmende“ bezeichnet: Obwohl alle Akteure am Erhalt der Ressource interessiert sind (oder sein müssten), ist es für den Einzelnen am vorteilhaftesten, wenn andere für den Erhalt

der Ressourcen sorgen und er sich selbst nicht an diesen Kosten beteiligt und die Ressourcen weiter nutzt. Der Schaden, der durch einen Einzelnen verursacht wird, fällt dabei so gering aus, dass er kaum relevant ist. Wenn sich jedoch alle nach dieser Logik verhalten und versuchen, die Kosten auf Andere abzuwälzen, sind die Ressourcen schnell erschöpft. Selbst für denjenigen, der die Tragik der Situation überblickt, gibt es keinen Anreiz, sich ressourcenschonend zu verhalten, da sein Verzicht die Ressourcen nicht schützt. Eine solche Situation kann nur durch die Schaffung von Anreizstrukturen gelöst werden, die individuelle Belohnungen für Kooperation bereitstellen bzw. Sanktionen für Nicht-Kooperation verhängen. Doch diese sind selbst von Kooperation und Organisation abhängig und daher schwer einzuführen (Mummert 1999; Olson 1971). Dies trifft insbesondere dann zu, wenn kleine Eliten, die mit Ressourcen und Macht gut ausgestattet sind und sich aufgrund von gleichen Interessen gut organisieren können, Partikularinteressen vertreten, während sich im allgemeinen Interesse liegende Prozesse aufgrund divergierender Partikularinteressen in großen Gruppen weniger gut organisieren lassen (Olson 1971; Milanovic 2003).

Eine Lösung dieses Konflikts scheint in der Schaffung globaler Institutionen zu liegen, die zum Teil bereits bestehen (beispielsweise im Rahmen der Vereinten Nationen und vielen bi- und multilateralen Vereinbarungen). Jedoch fehlen diesen Institutionen oft ausreichende Souveränität und Sanktionsmechanismen, um die Kooperation von Akteuren mit unterschiedlichen Partikularinteressen zu garantieren. Um solche Institutionen zu schaffen oder zu stärken, bedarf es einer breiten und dauerhaften globalen Unterstützung. Das Thema Armut und globale Umverteilung im Fokus der Weltöffentlichkeit zu halten, stellt dabei eine besondere Herausforderung dar. Die Langfristigkeit, Komplexität und mangelnde Transparenz des Problems sowie das geringe Vertrauen in Institutionen und Organisationen tragen dazu bei, dass das Thema Verteilungsgerechtigkeit immer wieder in den Hintergrund tritt. Vor allem dann, wenn neue Herausforderungen auf die Agenda treten, wie beispielsweise nationale Sicherheit und Terrorbekämpfung, weltweite Wirtschaftskrisen oder Klimawandel (vgl. Kreuzmann 2002).

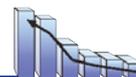


## Literatur

- Alexandratos, Nikos (2005): Countries with Rapid Population Growth and Ressource Constraints. In: *Population and Development Review* 31/2: 237-258.
- Bähr, Jürgen (1999): Tag der 6 Mrd. Menschen. In: *Geographische Rundschau* 51: 570-573.
- Barry, Brian (2005): *Why Social Justice Matters*. Cambridge: Polity Press.
- Birdsall, Nancy; Sinding, Steven W. (2001): How and Why Population Matters. In: Birdsall, Nancy et al. (Hg.): *Population matters*. Oxford: Oxford University Press: 3–23.
- Bloom, David E. et al. (2003): *The Demographic Dividend*. Santa Monica/Arlington: Rand.
- Bohle, Hans-Georg (2001): Bevölkerungsentwicklung und Ernährung. In: *Geographische Rundschau* 53/2: 18-24.
- Bongaarts, John (1996): Population Pressure and the Food Supply System in the Developing World. In: *Population and Development Review* 22/3: 483-503.
- Bongaarts, John (2003): *Completing the Fertility Transition in the Developing World*. Washington, D.C.: Population Reference Bureau.
- Bongaarts, John (2008): Fertility Transitions in Developing Countries. In: *Studies in Family Planning* 39,2: 105-110
- Bongaarts, John (2009): Human population growth and the demographic transition. In: *Philosophical Transactions of the Royal Society B: Biological Sciences* 364/1532: 2985-2990.
- Bongaarts, John; Feeney, Griffith (2002): *How Long Do We Live?*. New York: Population Council.
- Boserup, Ester (1996): Development theory. In: *Population and Development Review* 22,3: 505-515
- Büttner, Thomas; Zlotnik, Hania (2005): Prospects for increasing longevity as assessed by the United Nations. In: *Genus* LXI/1: 213-233.
- Cohen, Joel E. (1996): *How many people can the earth support?* New York: Norton.
- Dyson, Tim (1996): *Population and food*. London: Routledge.
- Ecosystems and Human Well-Being. A Report of the Millennium Ecosystem Assessment*. Washington 2005
- Ernst, Tanja; Losada, Ana Maria Isidoro (2010): Nord-Süd-Beziehungen. In: *APuZ* 10/2010: 10-15.
- Ewing B. et al. (2008/2010): *The Ecological Footprint Atlas 2010*. Oakland: Global Footprint Network.
- FAO (2002): *World agriculture. Towards 2015/2030. Summary report*. Rome: Food and Agriculture Organization.
- Gelbard, Alene et al. (1999): World Population Beyond Six Billion. In: *Population Bulletin* 54/1: 3-44.
- Godfray, H. Charles J. et al. (2010): The future of the global food system. In: *Philosophical Transactions of the Royal Society B: Biological Sciences* 365/1554: 2769–2777.
- Gould, William T. S. (2009): *Population and Development*. Oxon: Routledge.
- Hardin, Garrett (1968): The Tragedy of the Commons. In: *Science* 162: 1243-1248.
- Harrison, Paul et al. (2000): *AAAS atlas of population & environment*. Berkeley: University of California Press.
- Heilig, Gerhard (1996): How Many People Can Be Fed on Earth? In: Lutz, Wolfgang (Hrsg.): *The future population of the world*. London: Earthscan: 196-250.
- Holtz, Uwe (2010): Die Milleniumsentwicklungsziele. In: *APuZ* 10/2010: 3-8.
- IPCC (Zwischenstaatlicher Ausschuss für Klimaänderungen) (2008): *Klimaänderung 2007 – Synthesebericht*. Berlin: IPCC.
- Kitzes, Justin et al. (2007): Current Methods for Calculating National Ecological Footprint Accounts. In: *Science for Environment and Sustainable Society* 4/1: 1-9.
- Kreutzmann, Hermann (2002): Zehn Jahre nach Rio. In: *Geographische Rundschau* 54,10: 58-63.
- Kumar, Pushpam (Hrsg.) (2010): *The Economics of Ecosystems and Biodiversity*. London: Earthscan.
- Lutz, Wolfgang et al. (Hrsg.), (2004): *The end of world population growth in the 21st century*. London: Earthscan.
- MacIntire, Alisdair (1999): Is Patriotism a Virtue? In: Rosen, Michael; Wolff, Jonathan (Hrsg.): *Political Thought*. New York: Oxford University Press.
- McNicol, Geoffrey (2005): *Population and Sustainability*. New York: Population Council.
- Meadows, Dennis (1982, zuerst Englisch 1972): *Die Grenzen des Wachstums*. Reinbek b. Hamburg: Rowohlt.
- Milanovic, Branko (2003): Why we all do care about inequality [<http://siteresources.worldbank.org/INTDECINEQ/Resources/freldstein.pdf> vom 12.09.2011].
- Milanovic, Branko (2007): *Globalization and Inequality*. In: Held, David; Kaya, Ayse (Hrsg.): *Global Inequality*. Cambridge: Polity Press: 26-49.
- Müller-Mahn, Detlef; Verne, Julia (2010): Geographische Entwicklungsforschung. In: *Geographische Rundschau* 62,10: 4-11.
- Mummert, Uwe (1999): Wirtschaftliche Entwicklung und Institutionen. In: Thiel, Reinold E. (Hrsg.): *Neue Ansätze zur Entwicklungstheorie*. Bonn: DSE/IZEP: 300-311.



- Nozick, Robert (1974): *Anarchy, State and Utopia*. New York: Basic Books.
- Nussbaum, Martha C. (2006): *Frontiers of Justice, Disability, Nationality, Species Membership*. Cambridge: Harvard University Press.
- Oeppen, Jim; Vaupel, James W. (2002): Broken limits to the life expectancy. In: *Science* 296/5570: 1029-1031.
- Olson, Mancur (1971): *The Logic of Collective Action: Public Goods and the Theory of Groups*. Cambridge: Harvard University Press.
- Ostrom, Elinor (1990): *Governing the Commons*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Pearce, Fred (2010): *Peoplequake. Eden project*: London.
- Pogge, Thomas (2004): The First United Nations Millennium Development Goal: A cause for celebration? In: *Journal of Human Development* 5:3: 377-397.
- Pogge, Thomas (2005): Severe Poverty as a Violation of Negative Duties. In: *Ethics and International Affairs* 19,1: 55-83.
- Pogge, Thomas (2007): Why Inequality Matters. In: Held, David; Kaya, Ayse (Hrsg.): *Global Inequality*. Cambridge: Polity Press: 132-147.
- Preston, Peter W. (1996): *Development theory*. Oxford: Blackwell.
- Pries, Ludger (2008): Internationale Migration. In: *Geographische Rundschau* 60,6: 4-10.
- Rawls, John (2002): *The Law of Peoples*. 4. Aufl., Cambridge: Harvard University Press.
- Rawls, John (2003): *A Theory of Justice*. 6. Aufl., Cambridge: Harvard University Press.
- Reher, David S. (2007): Towards long-term population decline. In: *European Journal of Population* 23/2: 189-207.
- Reid, Walter V. (2005): *Ecosystems and human well-being*. Washington: Island Press.
- Satterthwaite, David et al. (2010): Urbanization and its implications for food and farming. In: *Philosophical Transactions of the Royal Society B: Biological Sciences* 365/1554: 2809-2820.
- Simon, Julian L. (1981): *The ultimate resource*. Oxford: Robertson.
- Smith, Pete et al. (2010): Competition for land. In: *Philosophical Transactions of the Royal Society B: Biological Sciences* 365/1554: 2941-2957.
- Swiaczny, Frank (2006): Internationale Wanderung als globales Phänomen und seine Auswirkungen auf den demographischen Wandel in den Industrieländern. In: Haug, Sonja; Swiaczny, Frank (Hrsg.): *Neue Zuwanderergruppen in Deutschland. Materialien zur Bevölkerungswissenschaft* Bd. 118. Wiesbaden: BiB: 127-157.
- Swiaczny, Frank (2007): Demographische Alterung der Weltbevölkerung. In: Bucher, Hansjörg; Scholz, Rembrandt (Hrsg.): *Alterung im Raum*. Norderstedt: BOD: 119-136.
- Swiaczny, Frank (2008): Urbanisierung und Entwicklung 2008. In: *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft* 33, 3-4/2008: 449-460
- Swiaczny, Frank (2011): Zukunft der Weltbevölkerung. In: Husa, Karl; Parnreiter, Christof und Wohlschlägl, Helmut (Hrsg.): *Weltbevölkerung*. Wien: ProMedia: 39-60.
- Swiaczny, Frank; Henning, Sabine (2011): Die Welt mit 7 Mrd. Menschen. In: *Geographische Rundschau* 63/9: 56-61
- Swiaczny, Frank; Schulz, Reiner (2009): Wachstum der Weltbevölkerung und nachhaltige Tragfähigkeit. In: *Journal für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit* 4/2: 136-144.
- UN (2000): *United Nations Millennium Declaration*. A/RES/55/2. New York: UN (<http://www.un.org/millennium/declaration/ares552e.pdf> vom 12.09.2011).
- UN (2010): *The Millennium Development Goals Report 2010*. New York: UN.
- UNFPA (1999): *Weltbevölkerungsbericht 1999*. 6 Milliarden. Stuttgart: Balance.
- UNFPA (2001): *Weltbevölkerungsbericht 2001*. Bevölkerung und Umwelt. Stuttgart: Balance.
- UNFPA (2007): *Weltbevölkerungsbericht 2007*. Urbanisierung als Chance. Stuttgart: Balance.
- von Grebmer, Klaus et al. (2008): *The Challenge of Hunger 2008*. Bonn/Washington: Welthungerhilfe u.a.
- Walzer, Michael (1994): *Thick and Thin*. Notre-Dame: University of Notre Dame Press.
- Weltbank (2003): *Weltentwicklungsbericht*. Nachhaltige Entwicklung in einer dynamischen Welt. Washington: Worldbank.
- Wilkinson, Richard; Pickett, Kate (2009): *The Spirit Level*. London: Penguin
- Worldbank (2007): *Atlas of global development*. Glasgow: Collins.



Joachim Schmitt (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, BMZ) und Ute Stallmeister/Matthias Wein (Deutsche Stiftung Weltbevölkerung, DSW)

## Reproduktive Gesundheit und Entwicklung im Kontext der UN

Vom 11. bis 15. April 2011 fand in New York die 44. Sitzung der Kommission für Bevölkerung und Entwicklung (Commission on Population and Development, CPD) der Vereinten Nationen statt. Deutschland war mit einer Delegation von Vertretern der Bundesregierung und der Zivilgesellschaft vertreten. Die diesjährige Sitzung befasste sich mit dem Thema „Fertility, reproductive health and development“.

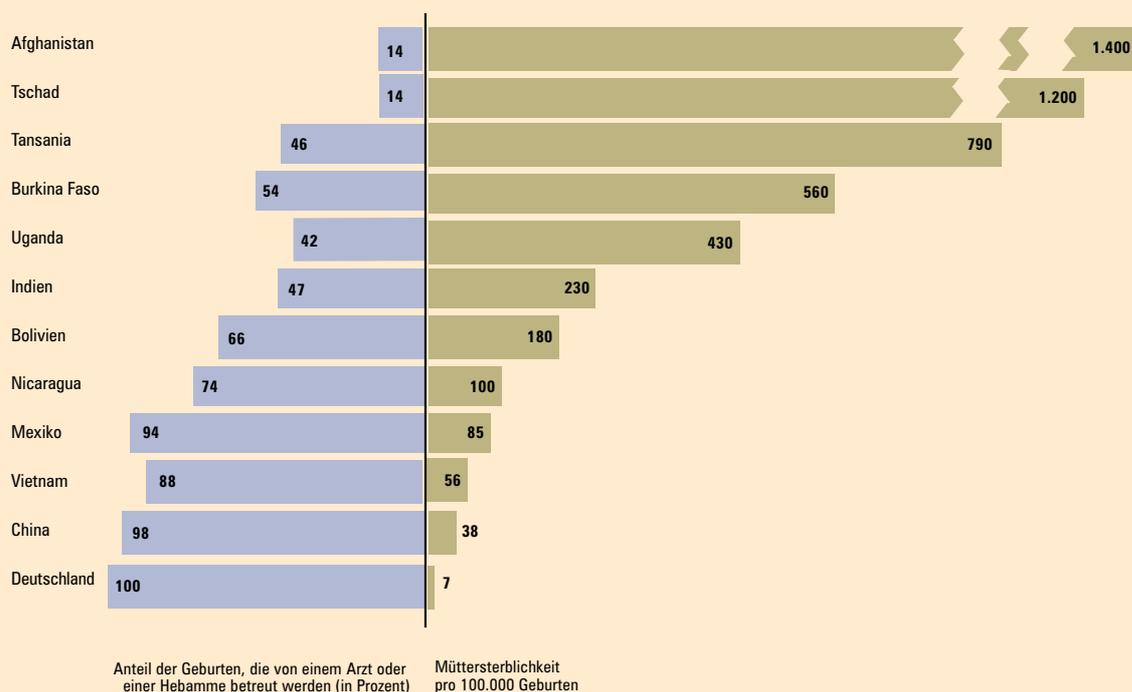
Als Kontrollorgan für die Umsetzung des Aktionsprogramms der UN-Weltbevölkerungskonferenz von Kairo 1994 zog die CPD in diesem Jahr zudem Bilanz zu globalen demographischen Entwicklungen und zur weltweiten Durchsetzung des Rechts auf sexuelle und reproduktive Gesundheit. Ein weiteres Thema war die Zukunft des Kairoer Aktionsprogramms und die Vorbereitung der Feierlichkeiten zum 20. Jubiläum

um der Kairo-Konferenz. Im Jahr 2010 hat die UN-Generalversammlung beschlossen, die Gültigkeit des Aktionsprogramms über das Jahr 2014 hinaus zu verlängern.

Hiermit bleibt eine wichtige Grundlage für die Umsetzung des Rechts auf sexuelle und reproduktive Gesundheit für die internationale Gemeinschaft weiter verbindlich. Im Jahr 2014 wird es eine Sondersitzung der Generalversammlung geben, die die Ziele des Aktionsprogramms und den Fortschritt der Umsetzung diskutiert.

Der im Vorfeld der Sitzung veröffentlichte Bericht des UN-Generalsekretärs macht deutlich, dass der universelle Zugang zu sexueller und reproduktiver Gesundheit und insbesondere zu Familienplanung in vielerlei Hinsicht von essentieller Bedeutung ist. So zeigt der Bericht, dass in den Ländern mit einer hohen Fertilität die reproduktive Gesund-

Abbildung: Betreute Geburten und Müttersterblichkeit in ausgewählten Ländern



Grafik: Deutsche Stiftung Weltbevölkerung  
Quelle: WHO, UNICEF, UNFPA, Weltbank, *Maternal Mortality 1990-2008*, 2010; Weltbevölkerungsbericht 2010.

Jedes Jahr sterben mehr als 350.000 Frauen – 1.000 jeden Tag – an den Folgen von Komplikationen während der Schwangerschaft oder bei der Geburt, 99 Prozent von ihnen in Entwicklungsländern. Die meisten dieser Todesfälle könnten durch eine medizinische Betreuung verhindert werden. Doch nur etwa zwei Drittel aller Geburten weltweit werden von geschultem Personal betreut. Aber auch ein verbesserter Zugang zu Familienplanung könnte die Müttersterblichkeit um bis zu 35 Prozent senken. 215 Millionen Frauen, die verhüten möchten, haben heute keinen Zugang zu Familienplanung. Dabei könnte durch Vermeidung ungewollter Schwangerschaften jährlich das Leben zehntausender Frauen gerettet werden.



### Kairoer Aktionsprogramm

„Reproduktive Gesundheit bedeutet ..., dass Menschen ein befriedigendes und ungefährliches Sexualleben haben können und sie die Fähigkeit zur Fortpflanzung und die freie Entscheidung darüber haben, ob, wann und wie oft sie hiervon Gebrauch machen wollen. In diese letzte Bedingung eingeschlossen sind das Recht von Männern und Frauen, informiert zu werden und Zugang zu sicheren, wirksamen, erschwinglichen und akzeptablen Familienplanungsmethoden ihrer Wahl ... zu haben ..., und das Recht auf Zugang zu angemessenen Gesundheitsdiensten, die es Frauen ermöglichen, eine Schwangerschaft und Entbindung sicher zu überstehen, und die für Paare die bestmöglichen Voraussetzungen schaffen, dass sie ein gesundes Kind bekommen.“

Quelle: United Nations Population Fund: Programme of Action. Adopted at the International Conference on Population and Development, Cairo, 5-13 September 1994, 2004, S. 45.

heitssituation für die Betroffenen häufig dramatische Folgen hat. Zudem betont der Bericht, dass der universelle Zugang zu sexueller und reproduktiver Gesundheit erheblich dazu beiträgt, insbesondere in Ländern mit hohen Fertilitätsraten die Kinder- und Müttergesundheit zu verbessern sowie die Fertilität zu senken. Dies wiederum fördert die Entwicklungschancen auf individueller, aber auch auf nationaler Ebene.

### Fakten zur Familienplanung

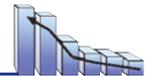
- Jedes Jahr werden allein in den Entwicklungsländern 75 Millionen Frauen ungewollt schwanger.
- Rund 215 Millionen verheiratete Frauen würden gern verhüten, wenn sie die Möglichkeit dazu hätten.
- Ein ausreichender Zugang zu Familienplanung könnte laut UNFPA die Geburtenrate in Lateinamerika und in der Karibik um 30 Prozent, in Afrika südlich der Sahara um 23 Prozent, in den arabischen Staaten um 21 Prozent, im südlichen Zentralasien sowie in Südostasien um 19 Prozent senken.
- Um den Bedarf an Familienplanung zu decken, wären rund 3,6 Milliarden US-Dollar jährlich erforderlich. Dadurch könnten 53 Millionen ungewollte Schwangerschaften, 94.000 in Zusammenhang mit der Schwangerschaft stehende Todesfälle und der Tod von 640.000 Säuglingen verhindert werden.
- Jeden Tag sterben auf der Welt 1.000 Frauen an Komplikationen bei der Schwangerschaft oder der Geburt – insgesamt mehr als 350.000 Frauen jährlich.
- Schwangerschaft und Geburt gehören zu den Haupttodesursachen für Mädchen im Teenageralter.

Quelle: Deutsche Stiftung Weltbevölkerung

Wer weniger Kinder hat, kann – so der Bericht – für das einzelne Kind mehr in Nahrung, Bildung und Gesundheit investieren und ihnen damit bessere Lebensperspektiven bieten. Zudem haben Frauen dann eher die Möglichkeit, erwerbstätig zu werden und das Haushaltseinkommen damit zu steigern. Der Generalsekretär ruft die Regierungen in Geber- und Empfängerstaaten dazu auf, sich verstärkt für die Ziele des Aktionsprogramms der Weltbevölkerungskonferenz von Kairo zu engagieren und dem universellen Zugang zu reproduktiver Gesundheit einschließlich Familienplanung deutlich mehr Gewicht beizumessen.

Trotz des eindringlichen Appells des Generalsekretärs und der anhaltend dramatischen reproduktiven Gesundheitssituation in vielen Entwicklungsländern verliefen die Verhandlungen zur abschließenden Resolution der CPD äußerst kontrovers. Wie in den Jahren zuvor zeigte sich, dass das Feld der sexuellen und reproduktiven Gesundheit und Rechte (SRGR) ein besonders sensibles Thema auf UN-Ebene darstellt, da es kulturelle, religiöse und menschenrechtliche Aspekte berührt. So lehnten eine Reihe von Mitgliedsstaaten die Anerkennung individueller Rechte auf den Zugang zu reproduktiven Gesundheitsdienstleistungen und Möglichkeiten der Familienplanung ab und versuchten, hinter den in Kairo gefundenen internationalen Konsens zurückzufallen. Schon im Vorfeld der Verhandlungen spalteten sich die Mitgliedsländer der Europäischen Union aufgrund der entsprechend kritischen Haltung von Malta, Polen und Irland. Die Gruppe der weniger entwickelten G77-Staaten konnten sich ebenfalls nicht auf eine gemeinsame Position einigen. Während der Verhandlungen bildeten sich zwei Blöcke, bestehend zum einen aus einer Gruppe von Befürwortern (Mehrheit der EU-Staaten und USA) sowie zum anderen aus einer Allianz, die sich aus Iran, Pakistan, Russland, Benin und den arabischen Ländern zusammensetzte. Hauptstreitpunkte zwischen diesen beiden Blöcken waren die Themen Sexualaufklärung, die Rolle der Familie, Abtreibung, sexuelle Rechte und die Rolle von Jugendlichen in Bezug auf SRGR. Vor allem der Vatikan versuchte – obwohl nur mit Beobachterstatus – vehement Einfluss auf die Gespräche zu nehmen. Die Resolution konnte erst in letzter Minute verabschiedet werden und besteht vor allem aus Sprachelementen, die sich schon in älteren UN-Resolutionen wiederfinden.

Die Debatten gestalteten sich in diesem Jahr besonders kontrovers, was Zweifel an der globalen Durchsetzbarkeit von SRGR in den nächsten Jahren aufkommen lässt. Außergewöhnlich war in diesem Jahr auch die starke zivilgesell-



**Kenia: Gutscheine für Gesundheitsleistungen**

In Kenia haben viele arme Frauen keinen Zugang zu adäquaten Gesundheitsdienstleistungen. Darum werden die meisten Kinder zu Hause geboren und nur 42 Prozent aller Geburten werden von medizinischem Fachpersonal betreut. Durch gezielte Maßnahmen wie der Einführung von subventionierten Gesundheitsgutscheinen erhalten Frauen aus armen Bevölkerungsschichten leichteren Zugang zu qualitativ hochwertigen Gesundheitsdienstleistungen von privaten und öffentlichen Anbietern. Inzwischen haben über 60.000 bedürftige Frauen von dem Gutscheinsystem Gebrauch gemacht und ihre Kinder unter fachlicher Betreuung sicher zur Welt gebracht.

Quelle: BMZ, „Die Millenniums-Entwicklungsziele, Hintergründe – Zielerreichung – Engagement“, Bonn/Berlin, 2010, MDG-5 Faltblatt, Seite 4 (siehe: [http://www.bmz.de/de/publikationen/reihen/infobroschueren\\_flyer/infobroschueren/Materialie204\\_Informationenbroschuere\\_04\\_2010.pdf](http://www.bmz.de/de/publikationen/reihen/infobroschueren_flyer/infobroschueren/Materialie204_Informationenbroschuere_04_2010.pdf))

schaftliche Beteiligung aus aller Welt. Mehr als hundert Vertreter von Nichtregierungsorganisationen (NROs) aus dem progressiven Lager sowie zahlreiche Konservative nahmen durch Statements oder Gespräche vor dem Verhandlungsraum starken Einfluss auf die Diskussionen.

**Podiumsdiskussion: Familienplanung rettet Leben**

Am Rande der CPD-Sitzung organisierte das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) gemeinsam mit der Stiftung Weltbevölkerung, der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) und dem Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA) eine Podiumsdiskussion zum Thema „Family Planning – Key to Saving Lives“. Mit über hundert hochrangigen Vertreterinnen und Vertretern von UN, nationalen Delegationen und NROs stieß die Veranstaltung auf großes Interesse. Die stellvertretende UNFPA-Exekutivdirektorin Purnima Mane betonte die große Bedeutung des politischen Willens aller internationalen Partner. Musimbi Kanyoro, Leiterin des Bevölkerungsprogramms der Packard Foundation, betonte, dass die Förderung und Aufklärung von Mädchen der Schlüssel zur besseren Nutzung von Familienplanungsdiensten sei. Sharon Camp, Leiterin des US-amerikanischen Guttmacher Instituts, hob – wie schon der UN-Generalsekretär in seinem Bericht zur CPD – die zentrale Bedeutung von Familienplanung für die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes hervor. Der stellvertretende Ständige Vertreter Deutschlands bei den UN, Botschafter Miguel Berger, betonte die Bedeutung des Rechts auf Gesundheit und präsentierte das deutsche Engagement im Bereich Familienplanung und reproduktive

**Burkina Faso: Menschenrechte und sexuelle Gesundheit**

Jugendarbeitslosigkeit, Arbeitse migration von Kindern und Kinderhandel und die HIV/AIDS-Epidemie gehören nicht zuletzt vor dem Hintergrund von rasantem Bevölkerungswachstum zu den Grundproblemen der Entwicklung Burkina Fasos. Weibliche Genitalverstümmelung, Zwangsheirat und häusliche Gewalt sind weit verbreitet. Deutschland unterstützt die Betroffenen selbst, aber auch Ministerien und staatliche Dienste sowie Organisationen der Zivilgesellschaft, beispielsweise dörfliche Frauenvereinigungen. Dabei werden die Themen sexuelle und reproduktive Gesundheit Jugendlicher, einschließlich HIV/AIDS-Prävention, Familienplanung und Bevölkerungspolitik sowie Frauen- und Kinderrechte gefördert. Wichtige Ansatzpunkte sind die Schaffung verbesserter Bildungschancen und -angebote für Mädchen, der Aufbau von jugendgerechten Gesundheitsdienstleistungen, mehr Angebote bei der Familienplanung sowie der Schutz vor sexueller Gewalt, vor Zwangs- und Kinderheirat und weiblicher Genitalverstümmelung. Bisherige Erfolge in den Schwerpunktregionen:

- Die Nutzung moderner Methoden der Familienplanung hat sich in zehn Jahren verdreifacht;
- die Fälle von weiblicher Genitalverstümmelung haben von 41 auf 14 Prozent (Geburtsjahrgänge 1991 und 2001) abgenommen;
- der Anteil der Mädchen in 66 Schwerpunktschulen hat zugenommen (50 Prozent Schulanfängerinnen in 2007/08).

Quelle: BMZ, „Die Millenniums-Entwicklungsziele, Hintergründe – Zielerreichung – Engagement“, Bonn/Berlin, 2010, MDG-5 Faltblatt, Seite 4 (siehe: [http://www.bmz.de/de/publikationen/reihen/infobroschueren\\_flyer/infobroschueren/Materialie204\\_Informationenbroschuere\\_04\\_2010.pdf](http://www.bmz.de/de/publikationen/reihen/infobroschueren_flyer/infobroschueren/Materialie204_Informationenbroschuere_04_2010.pdf))

tive Gesundheit. Vertreter aus den Länderbüros der Stiftung Weltbevölkerung und der GIZ aus Kenia und Burkina Faso stellten innovative Programmansätze aus dem Bereich Familienplanung vor (siehe Kästen).

**Engagement für die Verbesserung von sexueller und reproduktiver Gesundheit – Beispiele aus der Entwicklungszusammenarbeit**

Die Bundesregierung setzt seit Jahren im Rahmen ihrer Entwicklungspolitik im Gesundheitssektor einen Schwerpunkt auf die Förderung der sexuellen und reproduktiven Gesundheit und Rechte. Mitte 2010 wurden im Rahmen der bilateral-staatlichen Entwicklungszusammenarbeit über 50 Vorhaben zur Förderung der Familienplanung und der sexuellen und reproduktiven Gesundheit und Rechte durchgeführt, gut die Hälfte davon in Subsahara-Afrika.

Beim G8-Gipfel 2010 sagte die Bundesregierung für die Muskoka-Initiative zur Förderung der Kinder- und Mütterge-



### Lösungswege: Gezielte Stärkung des Hebammenwesens

Im Rahmen der Initiative für Selbstbestimmte Familienplanung und Müttergesundheit setzt sich das BMZ gezielt für die Stärkung des Hebammenwesens in Kooperation mit den nationalen Berufsverbänden ein. Zusammen mit dem UN-Bevölkerungsfonds und der Internationalen Hebammenföderation – und mit Unterstützung des Sektorvorhabens „Sexuelle und Reproduktive Gesundheit und Rechte und Bevölkerungsdynamik (SRGR/BD)“ – wird das BMZ in Kooperation mit nationalen Hebammenberufsverbänden eine qualitative Verbesserung der Curricula und Qualifikation geburtshilflich tätigen Personals anstreben.

Hierfür baut das BMZ auch die bilaterale Kooperation mit ausgewählten Partnerländern in diesem Bereich weiter aus, so z.B. in Kenia, wo viele Arme keinen Zugang zu adäquaten Gesundheitsdienstleistungen haben.

Quelle: BMZ, „BMZ-Initiative Selbstbestimmte Familienplanung und Müttergesundheit, Stand Mai 2011“, Bonn/Berlin, 2011 (siehe: [http://www.bmz.de/de/zentrales\\_downloadarchiv/themen\\_und\\_schwerpunkte/gesundheits/bmz\\_initiative\\_familienplanung\\_1107.pdf](http://www.bmz.de/de/zentrales_downloadarchiv/themen_und_schwerpunkte/gesundheits/bmz_initiative_familienplanung_1107.pdf))

sundheit zu, von 2011 bis 2015 insgesamt 400 Mio. € über das Niveau des Jahres 2008 hinaus zusätzlich bereitzustellen. Im Schnitt sollen die jährlichen Zusagen somit von ca. 300 Mio. € auf gut 380 Mio. € pro Jahr für Vorhaben der Mütter- und Kindergesundheit angehoben werden. Diese Zusage wurde im Kontext der „Global Strategy for Women's and Children's Health“ unter Schirmherrschaft des UN-Generalsekretärs im September 2010 bekräftigt.

Der deutsche Beitrag zur G8-Muskoka-Initiative und der „Global Strategy“ wird einen besonderen Schwerpunkt auf die Bereiche Familienplanung und reproduktive Gesundheit setzen und über die Verstärkung des finanziellen Engagements hinausgehen. Im Oktober 2010 kündigte das BMZ die „Initiative Selbstbestimmte Familienplanung und Müttergesundheit“ an, die im Mai 2011 konkretisiert wurde. Die Initiative verfolgt drei Ziele:

1. Wissen über und die Akzeptanz moderner Familienplanungsmethoden steigern;
2. Zugang zu modernen Familienplanungsmethoden und -dienstleistungen verbessern;
3. Zahl der medizinisch professionell begleiteten Geburten erhöhen.

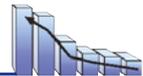
Das BMZ wird diesen Zielen politisch besondere Priorität einräumen, Privatsektor und Zivilgesellschaft stärker einbinden und inhaltliche Akzente bei Fragen der Bildung und Aufklärung sowie der verstärkten Förderung von Hebammen setzen. Alle Maßnahmen werden auf die Verwirklichung der

Menschenrechte ausgerichtet sein und auf die Zielgruppe der Jugendlichen und jungen Erwachsenen fokussieren. Zur Umsetzung der Initiative wird das BMZ die finanziellen Mittel für bilaterale Vorhaben der Familienplanung und reproduktive Gesundheit von 43,8 Mio. € in 2008 auf mehr als 80 Millionen € pro Jahr im Zeitraum 2011 bis 2015 verdoppeln.

### Das Beispiel Youth-to-Youth: Projektarbeit der Stiftung Weltbevölkerung

Als nichtstaatlicher Akteur engagiert sich die Stiftung Weltbevölkerung bereits seit 20 Jahren dafür, allen Menschen den Zugang zu sexuellen und reproduktiven Gesundheitsdiensten zu ermöglichen. Im Zentrum der Projektarbeit in Äthiopien, Kenia, Tansania und Uganda steht ein Netzwerk von Jugendklubs zur Sexualaufklärung und Aids-Prävention, in denen fachlich geschulte Jugendberater ihre Altersgenossen (Youth-to-Youth) in Fragen zu Sexualität und Verhütung beraten. Neben der Sexualaufklärung umfasst der Youth-to-Youth-Ansatz vor allem die folgenden Bausteine:

- **Training:** Um eine anhaltend hohe Qualität der Aufklärungsarbeit zu gewährleisten, bildet die Stiftung Jugendberater in fundierten Schulungen in eigenen Trainingszentren in Äthiopien, Tansania und Uganda aus.
- **Verbesserung der Gesundheitsfürsorge:** Gerade junge Menschen sind in Entwicklungsländern großen gesundheitlichen Risiken wie einer HIV-Infektion ausgesetzt, haben jedoch häufig keinen Zugang zu jugendgerechten Gesundheitsdiensten. Die Jugendberater in den Klubs informieren ihre Altersgenossen, wo sie jugendfreundliche Gesundheitsdienstleistungen und Verhütungsmittel erhalten.
- **Einbeziehung des Umfelds:** Nur mit dem Einverständnis von Eltern, Lehrern, Gemeindemitgliedern sowie lokalen und religiösen Meinungsführern kann sich die Situation der Heranwachsenden nachhaltig verbessern. Dazu führt die Stiftung spezielle Dialog- und Informationsveranstaltungen sowie Aufklärungskampagnen in den Gemeinden durch.
- **Zukunftsperspektiven entwickeln:** Aufklärung ist besonders erfolgreich, wenn junge Menschen gleichzeitig neue Perspektiven auf ein besseres, wirtschaftlich unabhängiges Leben bekommen. Die Stiftung Weltbevölkerung verbindet in den Projekten daher Aufklärung und Gesundheitsfürsorge mit speziellen Ausbildungs- und Weiterqualifizierungsmaßnahmen.



- **Politische Arbeit:** Damit sich die Gesundheit Jugendlicher langfristig verbessert, arbeitet die Stiftung mit Parlamentariern, Regierungsvertretern und lokalen Behörden in den Projektländern zusammen. Ziel ist es, dass diese dem Gesundheitsbereich, insbesondere der reproduktiven Gesundheit, mehr Gewicht beimessen und dafür mehr finanzielle Mittel bereitstellen.

#### Was bewirkt Youth-to-Youth?

Anfang 2011 hat die Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) eine qualitative Wirkungsstudie der Youth-to-Youth-Initiative durchführen lassen. In Äthiopien und Kenia hat die GIZ untersucht, wie sich die Projektarbeit auf die jungen Menschen und ihr soziales Umfeld auswirkt. Das Ergebnis: Der als „ganzheitlich, innovativ und gewinnend“ bewertete Projektansatz trägt zur Verbesserung der Lebenssituation von Jugendlichen bei. In Äthiopien zum Beispiel hat Youth-to-Youth bewirkt, dass schädliche Praktiken wie Genitalverstümmelung zurückgingen. In beiden Ländern waren Gemeinschaften durch die Aufklärungsarbeit besser über sexuelle und reproduktive Gesundheit informiert.

#### Literatur zum Thema

- United Nations, Economic and Social Council: Fertility, reproductive health and development. Report of the Secretary-General, 18 January 2011 (siehe <http://daccess-dds-ny.un.org/doc/UNDOC/GEN/N11/210/27/PDF/N1121027.pdf?OpenElement>)
- BMZ, „BMZ-Initiative Selbstbestimmte Familienplanung und Müttergesundheit, Stand Mai 2011“, Bonn/Berlin, 2011 (siehe: [http://www.bmz.de/de/zentrales\\_downloadarchiv/themen\\_und\\_schwerpunkte/gesundheits/bmz\\_initiative\\_familienplanung\\_1107.pdf](http://www.bmz.de/de/zentrales_downloadarchiv/themen_und_schwerpunkte/gesundheits/bmz_initiative_familienplanung_1107.pdf))
- BMZ, „Sexuelle und Reproduktive Gesundheit und Rechte, Bevölkerungsdynamik. Positionspapier des BMZ“, BMZ Spezial 148, Bonn/Berlin, 2008. (siehe: <http://www.bmz.de/de/publikationen/reihen/strategiepapiere/spezial148pdf.pdf>).
- Stiftung Weltbevölkerung (Hrsg.): UNFPA-Weltbevölkerungsbericht: Sieben Milliarden Menschen und Möglichkeiten. Hannover, Oktober 2011.

 **Weitere Informationen im Internet** 

- [http://www.bmz.de/de/was\\_wir\\_machen/themen/gesundheits/reproduktive\\_gesundheit/index.html](http://www.bmz.de/de/was_wir_machen/themen/gesundheits/reproduktive_gesundheit/index.html)
- [www.weltbevoelkerung.de](http://www.weltbevoelkerung.de) (Homepage der Deutschen Stiftung Weltbevölkerung mit Daten und Hintergründen zur Entwicklung der Weltbevölkerung)



Andreas Ette und Marianne Haase<sup>1</sup> (BAMF)

## Der Migration-Development-Nexus: Neue Akteure und Konzepte für die Gestaltung der Migrations- und Entwicklungspolitik?

Das Wachstum der Weltbevölkerung wird zu einem weiteren Bedeutungsgewinn der internationalen Migration führen. Auch wenn Prognosen zur internationalen Migration mit großen Unsicherheiten verbunden sind, ist aufgrund der weltweit unterschiedlichen wirtschaftlichen und demografischen Entwicklungen mit einem deutlichen Anstieg der bereits heute 214 Millionen Menschen umfassenden Gruppe internationaler Migranten zu rechnen.<sup>2</sup> Während jedoch bis in die 1990er Jahre hinein Migration meist ausschließlich negativ als Verlust von Humankapital der sich entwickelnden Länder („brain drain“) und als nationales sowie internationales Sicherheitsrisiko betrachtet wurde, hat sich im vergangenen Jahrzehnt ein folgenreicher Perspektivwechsel vollzogen. So hebt der Begriff des Migration-Development-Nexus heute insbesondere die Potenziale, die sich aus der internationalen Migration für die Entwicklung der Herkunftsländer, aber auch für die Zielländer und die Migranten selbst ergeben, hervor. Aus der Vielzahl neuer politischer Ansätze, die im Kontext dieses sich dynamisch entwickelnden Politikfeldes diskutiert werden, konzentriert sich der vorliegende Beitrag insbesondere auf die Rolle von Diaspora- bzw. Migrantenorganisationen als zentrale Akteure der Migrations- und Entwicklungspolitik. Ausgehend von den politischen Konzepten der internationalen und insbesondere europäischen Ebene analysiert der Beitrag die Auswirkungen dieses neuen Politikfeldes auf Diasporaorganisationen in Deutschland.

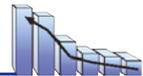
Die engen Wechselwirkungen zwischen Migration und Entwicklung – die der Begriff des Migration-Development-Nexus zum Ausdruck bringt – sind nicht neu, sondern haben insbesondere die Migrations- aber auch die Entwicklungsforschung bereits seit ihrer Entstehung maßgeblich geprägt (vgl. Skeldon 1997). Thomas Faist (2008: 25f.) differenziert zwei Phasen dieses Zusammenhangs: Danach waren die Diskussionen der 1960er Jahre ursprünglich durch optimistische Annahmen des Verhältnisses zwischen Migration und Ent-

wicklung, wie sie aus modernisierungstheoretischer Sicht formuliert wurden, geprägt. Diese wurden jedoch schnell durch dependenztheoretische Sichtweisen verdrängt, die in erster Linie die negativen Auswirkungen der Auswanderung aus den sich entwickelnden Ländern („brain drain“) und die oftmals nicht entwicklungsfördernde Verwendung von Rücküberweisungen in den Mittelpunkt stellten (Portes 2009: 5f.; de Haas 2010).

Erst im Verlauf des vergangenen Jahrzehnts kam es auf Grundlage neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse und durch ein massives Interesse von Seiten internationaler Organisationen zu einer Neubewertung dieses Zusammenhangs. So verdichteten sich die Hinweise, dass die ursprünglich mit negativen Konsequenzen verbundene Abwanderung insbesondere hochqualifizierter Migranten sich durch eine spätere Rückwanderung oder Investitionen in den Herkunftsländern zu einem „brain gain“ entwickeln könnte. Weiterhin wurde zu Beginn des Jahrtausends – auch unter dem Eindruck von zunehmend angespannten Haushaltslagen – in vielen Industriestaaten der Umfang von Rücküberweisungen von Migranten erstmals umfassend gewürdigt, der zwischenzeitlich öffentliche Mittel der Entwicklungspolitik bei weitem übersteigt (Mohapatra et al. 2011). In den vergangenen Jahren wurden vielfältige politische Maßnahmen diskutiert, die alle dem Ziel verpflichtet sind, einen für alle Beteiligten – Herkunfts- und Zielländern als auch die Migranten selbst – möglichst hohen Gewinn aus der internationalen Migration zu ziehen und damit eine so genannte „triple-win-situation“ herbeizuführen. So listet die International Organization for Migration beispielsweise in ihrem aktuellen World Migration Report (IOM 2010: 46ff.) zehn verschiedene Maßnahmenpakete auf, die vom Mainstreaming von Migrationsaspekten in nationale Entwicklungspolitiken bis zu ethischen Rekrutierungspolitiken reichen. Im Allgemeinen lassen sich die verschiedenen politischen Vorschläge in zwei Dimensionen unterteilen: Erstens, die Förderung und Steuerung der internationalen Migration und die Etablierung temporärer Migrationsprogramme, die sowohl den Bedürfnissen der Herkunftsländer und deren Sorgen über einen möglichen „brain drain“

<sup>1</sup> Die Verfasserin ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF). Die in diesem Beitrag vertretenen Auffassungen geben ausschließlich die persönliche Meinung der Autorin wieder.

<sup>2</sup> Zu aktuellen Daten und Annahmen zu zukünftigen Entwicklungen siehe u.a. UNDP 2009 sowie United Nations Population Division i.E.



als auch den Zielländern und deren Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften entgegenkommt. Zweitens der Förderung der Diasporaorganisationen – worunter Gruppen von Migranten verstanden werden, die enge und andauernde Verbindungen zu ihrem Herkunftsland aufweisen (vgl. Faist 2010; siehe auch Brubaker 2005) – und ihrer Entwicklungsbemühungen in Form von Rücküberweisungen und der Vermittlung sozialen Kapitals für ihre Herkunftsländer.

Im Mittelpunkt dieses Beitrags stehen die zuletzt genannten Maßnahmen, die sich auf die Förderung der Diasporaorganisationen konzentrieren und denen eine besonders vielversprechende Rolle und Funktion in diesem Politikfeld zugesprochen wird. Zwei Annahmen unterliegen diesem Interesse an der Einbeziehung von Migranten in die Entwicklungszusammenarbeit: Erstens, dass Entwicklungsprojekte von Diasporaorganisationen insofern Vorteile gegenüber Projekten traditioneller Akteure der Entwicklungszusammenarbeit haben, weil Migranten über spezifische Kenntnisse ihres Herkunftslandes und der lokalen entwicklungspolitischen Gegebenheiten und Bedürfnisse verfügen. Zweitens, dass die sozialen und verwandtschaftlichen Beziehungen und Bindungen zum Herkunftsland ein großes Interesse mit sich ziehen, sich für die Herkunftsländer zu engagieren und damit die entwicklungspolitischen Initiativen der deutschen Entwicklungspolitik ergänzen können (für eine umfassendere Diskussion der komparativen Vorteile von Diasporaorganisationen in der Entwicklungszusammenarbeit siehe Brinkerhoff 2011: 42ff.). Der Beitrag konzentriert sich in einem ersten Schritt auf die konkreten politischen Maßnahmen, wie sie insbesondere von der Europäischen Union hinsichtlich der veränderten Rolle der Diaspora entwickelt wurden. In einem zweiten Schritt analysiert der Beitrag die Auswirkungen dieses neuen Politikfeldes auf Diasporaorganisationen in Deutschland und ihre sich verändernden Funktionen in der Migrations- und Entwicklungspolitik.<sup>2</sup>

### **Migrantenorganisationen als zentrale Akteure der Migrations- und Entwicklungspolitik**

Einen maßgeblichen Anstoß für die Neubewertung des Verhältnisses zwischen Migrations- und Entwicklungspolitik gaben die Vereinten Nationen. Insbesondere die Arbeit der Global Commission for International Migration, der High-Level Dialogue on International Migration and Development,

der im September 2006 in Rahmen der Generalversammlung der Vereinten Nationen stattfand, als auch das seitdem jährlich stattfindende Global Forum on Migration and Development sind hier zu nennen. Während die politischen Empfehlungen auf internationaler Ebene notwendigerweise allgemeiner und unspezifischer ausfielen, entwickelte sich im europäischen Kontext insbesondere die Europäische Kommission zu einem einflussreichen Akteur dieser Debatte. Die Kommission hat den Migration-Development-Nexus in ihren als „Global Approach“ bezeichneten Gesamtansatz der Migration eingebunden, worunter eine allgemeine Neugestaltung der europäischen Migrationspolitik zu verstehen ist, also „insbesondere de(n) Übergang von einem in erster Linie sicherheitsorientierten Ansatz, der den Schwerpunkt auf die Verringerung des Migrationsdrucks legt, zu einem transparenteren und ausgewogeneren Konzept, das von einem tieferen Verständnis aller mit der Migration zusammenhängenden Aspekte geleitet wird und zu einer Verbesserung der Begleitmaßnahmen für die Migrationssteuerung führt, wodurch Migration und Mobilität zu positiven Kräften für die Entwicklung werden“ (Europäische Kommission 2008: 3).

Das Ziel einer engeren Verbindung von Migrations- und Entwicklungspolitik stellte im Rahmen der EU noch mindestens bis in das Jahr 2002 nur eine eher allgemeine politische Forderung dar. So wurde beispielsweise der Begriff der Diaspora bestenfalls in sogenannten Country Strategy Papers vereinzelt genutzt (Weinar 2010). In der Zwischenzeit hat die Europäische Kommission durch die verschiedenen seit 2005 veröffentlichten Mitteilungen eine deutlich konkretere politische Agenda entwickelt. In speziell vier Bereichen hat sie substantielle politische Vorschläge hinsichtlich der Frage, wie Migranten- bzw. Diasporaorganisationen in ihren entwicklungspolitischen Aktivitäten unterstützt werden können, erarbeitet (zur Förderung von Diasporaorganisationen allgemein siehe Bakewell 2009; Brinkerhoff 2008): Erstens, die Erarbeitung effizienter, sicherer und kostengünstiger Rücküberweisungsmöglichkeiten, damit diese Transfers verstärkt der Entwicklung der Herkunftsländer zugutekommen. Ein zweiter Aspekt umfasst die Förderung und Unterstützung der entwicklungspolitischen Initiativen von Diasporaorganisationen durch traditionelle staatliche und nicht-staatliche Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit. Weiterhin soll, drittens, der Zugang von Migranten zu betriebswirt-

<sup>2</sup> Im Mittelpunkt dieses Beitrags stehen die Konsequenzen des Migration-Development-Nexus für die Zielländer. Dessen ungeachtet kommt den Herkunftsländern eine entscheidende Funktion für die Einbindung von Diasporaorganisationen zu, die hier nicht weiter vertieft wird (vgl. Agunias 2009).



schaftlicher Beratung und Mikrokrediten verbessert werden, um Investitionen in ihren Herkunftsländern zu verbessern. Als vierten Punkt empfiehlt sie, dass die Mitgliedstaaten Diasporaorganisationen identifizieren und als entwicklungspolitischen Akteur in die Programme und Planungen einbeziehen (vgl. Europäische Kommission 2005, 2008). Im Zuge der Weiterentwicklung des Global Approach hat die Kommission zwischenzeitlich „die Einführung eines migrantenzentrierten Ansatzes“ (Europäische Kommission 2011: 18) angekündigt, der die Bedeutung der Diasporaorganisationen nochmals stärkt. Insbesondere soll ein EU-weites Netzwerk von entwicklungspolitisch engagierten Migrantenorganisationen aufgebaut und ein verbesserter Zugang zu EU-Finanzhilfen ermöglicht werden.

### **Migrantenorganisationen in Deutschland als Entwicklungsakteure**

Während einzelne Nationalstaaten, wie beispielsweise Großbritannien oder Frankreich, den Migration-Development-Nexus bereits vor längerem für die Gestaltung ihrer Entwicklungspolitik entdeckt haben (vgl. DFID 1997; Panizzon 2011), ist er in Deutschland noch dabei, sich als eigenständiges Handlungsfeld zu etablieren. Erste Impulse wurden hier zu Lande erst parallel zur Verabschiedung des europäischen Global Approach im Jahr 2005 gesetzt. Trotz der seitdem dynamischen Entwicklung des Politikfelds ist es durch unterschiedliche horizontale und vertikale Zuständigkeiten stark fragmentiert. Neben den föderalen Strukturen und den entsprechenden Kompetenzverteilungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen sind hier insbesondere die Vielfalt diverser staatlicher und nicht-staatlicher Akteure und die Betroffenheit mehrerer Politikfelder wie der Migrations-, der Entwicklungs- und der Integrationspolitik zu nennen (vgl. hierzu etwa Baraulina et al. 2011).<sup>3</sup>

Analog zu den politischen Konzepten der Europäischen Kommission haben sich in Deutschland in den vergangenen Jahren vornehmlich im Bereich der Entwicklungspolitik Instrumente des Migration-Development-Nexus entwickelt. Dazu zählt zum einen die Unterstützung kostengünstiger Rücküberweisungen, wie sie durch die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) ermöglicht werden.<sup>4</sup> Hinsichtlich der Förderung und Unterstützung von Diasporaorganisationen sind einerseits die Studien der GIZ

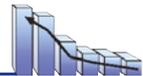
zum entwicklungspolitischen, herkunftslandbezogenen Engagement einzelner Migrantengemeinschaften zu nennen, die dazu beigetragen haben, Wissen über das bislang häufig nur vereinzelt registrierte und anerkannte Entwicklungsengagement von Migrantenorganisationen zu generieren (vgl. etwa Baraulina et al. 2006). Weiterhin ist das ebenfalls von der GIZ im Jahr 2007 eingerichtete Programm zur Kooperation mit entwicklungspolitisch aktiven Diasporaorganisationen zu nennen. Hierdurch werden Migrantenorganisationen gefördert, indem etwa Finanzierungs- und Qualifizierungsmöglichkeiten eröffnet werden (vgl. BMZ 2010).<sup>5</sup> Bei der Förderung von Investitionen von Migranten in ihren Herkunftsländern ist insbesondere das Centrum für internationale Migration und Entwicklung (CIM) zu nennen. Die bereits in den 1980er Jahren gegründete Organisation war früher hauptsächlich im Kontext deutscher entwicklungspolitischer Rückkehrförderungspolitik angesiedelt, hat sich zwischenzeitlich aber zu einem zentralen Akteur dieses neuen Politikfelds entwickelt und fördert die Vermittlung von Wissen durch die Rückwanderung von Migranten. Seit Anfang 2011 begleitet CIM zudem auch zirkuläre Migration von Migranten und unterstützt beispielsweise marokkanische Migranten bei der Existenzgründung.

Während sich, wie gezeigt, die verschiedenen Formen der Förderung der Diaspora in den vergangenen Jahren auf Ebene des Bundes dynamisch entwickelt haben, gerät zunehmend die kommunale Ebene als zentraler Ausgangs- und Bezugspunkt migrantischen Engagements in den Blick. Beispielhaft hierfür steht das 2007 initiierte Modellprojekt der Servicestelle EineWelt (Inwent – Servicestelle Kommunen in der Einen Welt 2010) sowie das sich seit Mai 2011 im Aufbau befindliche bundesweite Netzwerk „Migration und Entwicklung kommunal“. Diese zunehmende Bedeutung von Migrantenorganisationen insbesondere auf kommunaler Ebene vollzieht sich parallel zur paradigmatisch gewandelten Bewertung von Migrantenorganisationen in der deutschen Integrationspolitik (Bundesregierung 2008). Migrantenorganisationen werden zunehmend als Mittler sowohl zwischen Herkunfts- und Aufnahmeland als auch zwischen Aufnahmegesellschaft und Migrantengemeinschaften geschätzt und als Adressaten der Integrations- sowie der Entwicklungspolitik angesprochen. Insbesondere durch den Einbezug der Landes- und kommunalen Ebene wird dieses neue Politik-

<sup>3</sup> Siehe hierzu insbesondere eine derzeit von Tatjana Baraulina und Doris Hilber am BAMF durchgeführte Studie.

<sup>4</sup> Vgl. <http://www.geldtransfair.de/>

<sup>5</sup> Nach der Strukturreform der deutschen Entwicklungspolitik und dem erfolgreichen Abschluss des Pilotprogramms bei der GIZ ist die Förderung von entwicklungspolitisch engagierten Migrantenorganisationen an CIM übergegangen.



feld auch für Fragen der Integration, etwa mit Blick auf die Partizipation an kommunaler Entwicklungszusammenarbeit, geöffnet. Die Annahme der Zusammenhänge von „Migration, Entwicklung und Integration“ besteht etwa darin, dass es mittels des entwicklungspolitischen Engagements zu Kooperationen, Lerneffekten und zur Öffnung für die Aufnahmegesellschaft kommt (vgl. Ostergaard-Nielsen 2011; Poros 2011, Sieveking et al. 2008). Ein derzeit von Marianne Haase und Bettina Müller am Bundesamt für Migration und Flüchtlinge durchgeführtes Forschungsprojekt zielt daher darauf ab, die Zusammenhänge von Herkunftslandengagement von Migrantenorganisationen und ihren Konsequenzen für die Integration zu analysieren. Untersucht wird hierbei u.a., inwiefern es mittels des Herkunftslandengagements zur Kooperation mit deutschen staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren kommt und inwiefern simultane Herkunfts- wie auch Deutschlandbezüge in den Aktivitäten der Migrantenorganisationen vorliegen.

### Fazit

Der Migration-Development-Nexus stellt mit seinen vielfältigen politischen Maßnahmen ein nach wie vor junges politisches Handlungsfeld dar. Während die Steuerung der internationalen Migration zur Förderung von Entwicklung sowohl international als auch in Deutschland noch in den Kinderschuhen steckt (für eine Übersicht zu aktuellen Entwicklungen im Bereich temporärer Migrationsprogramme siehe z.B. Schneider und Parusel 2011), hat sich die Förderung der Diasporaorganisationen bereits zu einem dynamischen Politikfeld entwickelt. Aufgrund der institutionellen Fragmentierung zwischen Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene entstehen derzeit auf mehreren politischen Ebenen zahlreiche neue Förderprogramme und politische Konzepte mit dem Ziel, die entwicklungspolitisch positiven Zusammenhänge von Migration und Entwicklung zu aktivieren. Mit der weiteren Förderung dieses Politikbereichs durch die Europäische Kommission und der Aufwertung von Migrantenorganisationen zu wichtigen entwicklungspolitischen Akteuren gerade auch auf kommunaler Ebene ist auch in Deutschland in den nächsten Jahren eine Konsolidierung der Diasporakooperation zu erwarten.

Ausgehend von den Erfahrungen in anderen Staaten sollten für die weitere Entwicklung dieses Politikfelds in Deutschland verschiedene Aspekte berücksichtigt werden. Dazu zählt zum einen die Gefahr der Instrumentalisierung und Überforderung der Migrantenorganisationen von Seiten ihrer Her-

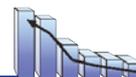
kunftsländer als auch von Seiten der Aufnahmeländer. Das Ziel relevante Akteure ausfindig zu machen und Netzwerke engagierter Diasporaorganisationen aufzubauen, kann dazu führen, dass sich Migrantengruppen stärker professionalisieren werden. Es wird aber auch zur Folge haben, dass sich Migrantengemeinschaften, die sich bisher nicht als Entwicklungsakteure verstanden haben in ihrem Selbstverständnis den neuen Gegebenheiten anpassen. Eine reflektierte, sie als unabhängige Partner akzeptierende und ihre Kapazitäten berücksichtigende Form der Einbeziehung von Migrantenorganisationen scheint für die Zusammenarbeit daher zentral (Weinar 2010: 87; Brinkerhoff 2011: 47). Dazu zählt aber des Weiteren auch die Frage der Kohärenz dieses Politikfelds. Etwaige institutionelle „Silos“ zwischen Entwicklungs-, Migrations- und Integrationspolitik können der Umsetzung der positiven Aspekte des Migration-Development-Nexus im Wege stehen. Im Sinne des von der Europäischen Kommission geforderten „migrantenzentrierten“ Ansatzes müssen zudem die Bedingungen transnationalen entwicklungspolitischen Engagements von Migranten stärker untersucht und berücksichtigt werden. Hierzu zählen maßgeblich die sozioökonomischen Aufenthalts- und Lebensbedingungen, die eine wesentliche Voraussetzung für das Engagement von Migranten für ihre Heimatländer darstellen.

### Literatur

- Agunias, Dovelyn Rannveig (Hrsg.) (2009): *Closing the Distance: How Governments Strengthen Ties with Their Diasporas*, Washington: Migration Policy Institute.
- Bakewell, Oliver (2009): *Migration, Diasporas and Development: Some Critical Perspectives*, *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik*, 229(6): 787-802.
- Baraulina, Tatjana et al. (2006): *Ägyptische, afghanische und serbische Diasporagemeinden in Deutschland und ihre Beiträge zur Entwicklung ihrer Herkunftsländer*, Eschborn: Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ).
- Baraulina, Tatjana et al. (2011): *Die Verschränkung von Migrations-, Integrations- und Entwicklungsfragen in der Forschung zu Migration zwischen Afrika und Deutschland*. In Baraulina, Tatjana et al. (Hrsg.): *Potenziale der Migration zwischen Afrika und Deutschland*, Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, 8-22.
- BMZ (2008): *Entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit*, BMZ Konzepte 159, Bonn: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.



- BMZ (2010): Migration. Chancen für Entwicklung nutzen, Bonn: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.
- Brinkerhoff, Jennifer M. (2008): The Potential of Diasporas and Development. In Brinkerhoff, Jennifer M. (Hrsg.): *Diasporas and Development: Exploring The Potential*, London: Lynne Rienner, 1-17.
- Brinkerhoff, Jennifer M. (2011): David and Goliath: Diaspora organizations as partners in the development industry. *Public Administration and Development* 31: 37-49.
- Brubaker, Rogers (2005): The 'diaspora' diaspora, *Ethnic and Racial Studies* 28(1): 1-19.
- Bundesregierung (2008): Nationaler Integrationsplan. Erster Fortschrittsbericht, Berlin: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung.
- de Haas, Hein (2010): Migration and Development: A Theoretical Perspective, *International Migration Review* 44(1): 227-264.
- DFID (1997): *Eliminating World Poverty: A Challenge for the 21<sup>st</sup> Century*. White Paper on International Development, Cm 3789, London: Department for International Development.
- Europäische Kommission (2005): *Migration und Entwicklung: Konkrete Leitlinien*, KOM(2005) 390 endgültig, Brüssel: Kommission der Europäischen Gemeinschaften.
- Europäische Kommission (2008): *Konsolidierung des Gesamtansatzes zur Migrationsfrage: Für mehr Koordination, Kohärenz und Synergie*, KOM(2008) 611 endgültig, Brüssel: Kommission der Europäischen Gemeinschaften.
- Europäische Kommission (2011): *Mitteilung zur Migration*, KOM(2011) 248 endgültig, Brüssel: Europäische Kommission.
- Faist, Thomas (2008): *Migrants as Transnational Development Agents: An Inquiry into the Newest Round of the Migration-Development Nexus*. In: *Population, Space and Place* 14: 21-42.
- Faist, Thomas (2010): *Diaspora and transnationalism: What kind of dance partners?*. In: Bauböck, Rainer und Faist, Thomas (Hrsg.): *Diaspora and Transnationalism: Concepts, Theories and Methods*, Amsterdam: Amsterdam University Press, 9-34.
- Inwent - Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (2010): *Migration und Entwicklung auf lokaler Ebene. Ein Praxisleitfaden*, Online verfügbar unter [http://www.service-eine-welt.de/images/text\\_material-2086.img](http://www.service-eine-welt.de/images/text_material-2086.img).
- IOM (2010): *World Migration Report 2010: The Future of Migration: Building Capacities for Change*, Geneva: International Organization for Migration.
- Mohapatra, Sanket et al. (2011): *Outlook for Remittance Flows 2011-13*, Migration and Development Brief 16, Washington: Worldbank.
- Ostergaard-Nielsen, Eva Kristine (2011): *Codevelopment and citizenship: the nexus between policies on local migrant incorporation and migrant transnational practices in Spain*. In: *Ethnic and Racial Studies* 34(1): 20-39.
- Panizzon, Marion (2011): *France's Codevelopment Program: Financial and Fiscal Incentives to Promote Diaspora Entrepreneurship and Transfers*. In: Plaza, Sonia und Ratha, Dilip (Hrsg.): *Diaspora for Development in Africa*, Washington: World Bank, 183-229.
- Poros, Maritsa V. (2011): *Migrant Social Network: Vehicles for Migration, Integration, and Development*, Migration Information Source. Online verfügbar unter <http://www.migrationinformation.org/Feature/display.cfm?ID=833>.
- Portes, Alejandro (2009): *Migration and development: reconciling opposite views*. In: *Ethnic and Racial Studies* 32(1): 5-22.
- Schneider, Jan; Parusel, Bernd (2011): *Zirkuläre und temporäre Migration. Empirische Erkenntnisse, politische Praxis und zukünftige Optionen in Deutschland*, Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.
- Sieveking, Nadine et al. (2008): *Gutachten zum entwicklungspolitischen Engagement der in NRW lebenden MigrantInnen afrikanischer Herkunft*, COMCAD Working Paper 38, Bielefeld: Center on Migration, Citizenship and Development.
- Skeldon, Ronald (1997): *Migration and Development: A Global Interpretation*, London: Longman.
- UNDP (2009): *Human Development Report 2009. Overcoming barriers: Human mobility and development*, Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- United Nations Population Division (i.E.): *International Migration Report 2009: A Global Assessment*, New York: United Nations Department of Economic and Social Affairs.
- Weinar, Agnieszka (2010): *Instrumentalising diasporas for development: International and European policy discourses*, in Bauböck, Rainer und Faist, Thomas (Hrsg.): *Diaspora and Transnationalism. Concepts, Theories and Methods*, Amsterdam: Amsterdam University Press, 73-89.



## Aktuelles

### Migration und Generationenbeziehungen im Fokus: Infoveranstaltung des BiB zu aktuellen demografischen Forschungsergebnissen am 27. Oktober 2011 in Berlin

Bereits zum vierten Mal veranstaltete das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung eine Informationsveranstaltung zu demografischen Trends in Deutschland. Die Wissenschaftler des BiB referierten in insgesamt fünf Vorträgen neueste Ergebnisse aus den diesjährigen Schwerpunktthemen Migration und Generationenbeziehungen. Zielgruppe der Vortragsreihe waren die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bundesressorts, in deren Arbeitsbereich der demografische Wandel und seine Auswirkungen fallen. Die Veranstaltung fand am 27. Oktober im Bundesministerium des Innern statt.

In seiner Begrüßung wies Unterabteilungsleiter Dr. Kai-Andreas Otto (BMI, G I 3) auf zwei aktuelle, scheinbar gegenläufige Entwicklungen hin: Die Weltbevölkerung erreicht mit 7 Milliarden Menschen zahlenmäßig einen neuen Höhepunkt, während in Deutschland und Europa die Bevölkerungen schrumpfen. Der Rückgang und die gleichzeitige Alterung der Bevölkerung stelle die Politik vor Herausforderungen, die es in Zukunft zu gestalten gelte. Wie wichtig der Bundesregierung das Thema des demografischen Wandels ist, zeigen die Beschlüsse von Meseberg aus dem Jahr 2009. Dr. Otto verwies an dieser Stelle zudem auf den am

Tag zuvor dem Kabinett vorgelegten „Demografiebericht“, der die demografische Entwicklung in Deutschland darstellt und künftige Handlungsfelder für Politik und Gesellschaft beschreibt.

#### Fachkräftesicherung in Deutschland

Einen derzeit viel diskutierte demografische Problematik präsentierte Andreas Ette in seinem Vortrag zur „Fachkräftesicherung in Deutschland“. Er untersuchte den Beitrag der Zuwanderung von Hochqualifizierten zur Sicherung des Fachkräfteangebots und stellte zunächst die Frage, welchen Einfluss die Reformen der deutschen Arbeitsmigrationspolitik des vergangenen Jahrzehnts auf die Zuwanderung Hochqualifizierter hatten und wie sich Umfang und Dauer der Zuwanderung Hochqualifizierter im vergangenen Jahrzehnt verändert haben. Dazu verwies er auch auf die lückenhafte Forschungslage zum Thema, da es aufgrund fehlender, unvollständiger und unvergleichbarer Statistiken keine Analysen zur Entwicklung der Zuwanderung Hochqualifizierter gebe. Anhand der vorhandenen Daten etwa aus der Wanderungsstatistik des Statistischen Bundesamtes oder dem Ausländerzentralregister des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge sei aber erkennbar, dass sich der Umfang der Zuwanderung Hochqualifizierter vervielfacht habe, wobei der Zuwanderungsbedarf in Deutschland das Angebot übersteige. Die bisherigen politischen Maßnahmen förderten insbesondere die temporäre Zuwanderung Hochqualifizierter, resümierte der Sozialwissenschaftler.

#### Junge Frauen wandern ab aus Ostdeutschland

Mit der Abwanderung aus ländlichen Räumen unter besonderer Betrachtung geschlechterspezifischer Aspekte in Deutschland beschäftigte sich Dr. Stephan Kühntopf. Er konstatierte, dass es sich hier zunächst einmal nicht um ein neues Phänomen handle, wenngleich sich die Problematik seit 1990 besonders auf die neuen Bundesländer beziehe, da hier vor allem die jungen gutausgebildeten Frauen aus unterschiedlichen Gründen ihre ländlichen Hei-



Zum mittlerweile vierten Mal präsentierte das BiB eine Informationsveranstaltung zu aktuellen Forschungsergebnissen für Angehörige von Bundesministerien in Berlin, die sich mit dem demografischen Wandel beschäftigen. Im Mittelpunkt standen diesmal die Themen Migration (vor dem Hintergrund der aktuellen Debatte über die Fachkräftesicherung in Deutschland) sowie Folgen der demografischen Entwicklung für die Generationen. (Bild: C. Fiedler)



matregionen verliessen. Mit welchen politischen Maßnahmen könnte hier gegengesteuert werden? Neben der Förderung der ländlichen Räume durch eine bessere Wirtschaftsförderung und einer verbesserten Anbindung der Peripherien müsse auch eine ausgebaute soziale Infrastruktur angeboten werden, um die Menschen vom Abwandern abzuhalten, so Dr. Kühntopf. Die Geschlechterselektivität bei der Abwanderung hingegen sei mit politischen Maßnahmen kaum zu beeinflussen (zum gleichen Thema siehe auch den Artikel auf S. 29).

### **Generationenkonflikte zwischen Jung und Alt?**

Führt die zunehmende Alterung in Deutschland zu Generationenkonflikten zwischen Jung und Alt um den Sozialstaat? Mit dieser Frage beschäftigte sich Dr. Patrick Sachweh in seinem Beitrag. Bei der Beantwortung dieser Frage gelte es, zwischen Szenarien, die angesichts von politischen Interessengegensätzen von Jung und Alt eine Herausforderung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt sehen und den aktuellen Forschungsbefunden zu unterscheiden, so Dr. Sachweh. In den Analysen zeigten sich nämlich kaum Anzeichen für einen manifesten Generationenkonflikt und Spannungen zwischen Jung und Alt würden seltener wahrgenommen als zwischen anderen Gruppen. Insgesamt gebe es aber ein Problembewusstsein für Verteilungseffekte zwischen den Generationen. Angesichts des wachsenden politischen Gewichts der Älteren etwa bei Wahlen (schließlich waren 50 % der Wähler bei der Bundestagswahl 2009 60 Jahre und älter) und einem Anstieg älterer Mitglieder in den Parteien und Gewerkschaften stelle sich die Frage, ob hier von einer neuen politisierten Konfliktlinie gesprochen werden könne, wie das zeitweilige Auftauchen einer Partei der „Grauen Panther“ nahelege. Dem widerspreche allerdings ihr Zweitstimmenanteil auf Bundesebene von unter 1 %. Somit wäre eine politisierte Konfliktlinie zwischen Jung und Alt gegenwärtig unwahrscheinlich, zumal auch Sozialverbände es vermieden, sich als „Rentneranwälte“ darzustellen. Für Befürchtungen, dass Reformen des Sozialstaats in alternden Gesellschaften künftig schwerer durchzusetzen seien, gebe es gegenwärtig keine eindeutige Bestätigung, betonte Dr. Sachweh. Insgesamt gebe es keine empirischen Anhaltspunkte für alarmistische Szenarien und die wohlfahrtsstaatliche Generationensolidarität sei weitgehend intakt: Die Sozialpolitik ist kein zentrales Konfliktfeld zwischen Jung und Alt, allerdings ist Solidarität kein Selbstläufer. Die Politik habe die Aufgabe, die gemeinsamen Interessen von Jung und Alt zu betonen und die (ma-

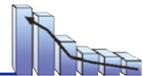
terielle) Basis der Generationensolidarität zu bewahren, resümierte der Sozialwissenschaftler.

### **Zur Entwicklung von Generationenverbänden**

Nimmt die gemeinsame Lebenszeit zwischen den Generationen zu oder ab? Dieser Frage ging Dr. Evelyn Grünheid in ihrem Vortrag nach. Mit dem Anstieg der ferneren Lebenserwartung vor allem in den höheren Altersgruppen wird häufig in Diskussionen und Veröffentlichungen die Erwartung verbunden, dass Familien mit vier Generationen zunehmen und das Bild der Zukunft bestimmen werden. Wird die Vier-Generationen-Familie damit zukünftig zur Normalität? Um dies zu untersuchen, müssen allerdings entgegengesetzte Tendenzen berücksichtigt werden, wie das steigende Alter der Mütter bei der Geburt ihrer Kinder und somit auch das höhere Alter, in dem die Mütter Großmütter und die Großmütter Urgroßmütter werden. Eine gemeinsam mit Dr. Manfred Scharein durchgeführte Modellrechnung auf Basis amtlicher Daten zeigt, dass die gemeinsame Lebenszeit der Drei- und Vier-Generationen-Familien in den nächsten Jahren tendenziell eher rückläufig sein wird. Allerdings werden mehr Menschen (vor allem Männer) das Alter erreichen, in dem sie Groß- und insbesondere Urgroßeltern werden könnten. Durch die zunehmende Kinderlosigkeit brechen aber auch mehr Generationenverbände ab. Eine Schlussfolgerung dieser Entwicklungen sei, so Dr. Grünheid, dass außerfamiliäre Generationenbeziehungen die innerfamiliären Beziehungen ergänzen müssten – und dies auch dann, wenn familiäre Beziehungen wegen zu großer räumlicher Entfernung im Alltag nicht gelebt werden könnten.

### **Produktivitätspotenziale im Alter**

Das Leitbild des produktiven Alter(n)s stand im Mittelpunkt des Beitrags von Ines Wickenheiser. Dieses Leitbild beschäftigt sich mit produktiven Tätigkeiten älterer Menschen und betont die Chancen und Potenziale der älter werdenden Bevölkerung, insbesondere die gewachsenen Produktivitätspotenziale. Dabei ist die Frage, welche Tätigkeiten überhaupt als produktiv zu bezeichnen sind, nicht leicht zu beantworten. Produktivität ist ein Begriff, der hauptsächlich durch die Ökonomie geprägt ist. Demnach besteht Einigkeit darüber, die bezahlte Erwerbsarbeit als eine produktive Tätigkeit zu bezeichnen. Doch wie verhält es sich mit produktiven Tätigkeiten, die ohne Bezahlung (z.B. Ehrenamt) verrichtet werden oder im informellen Bereich stattfinden? Hier zeige sich, so die Sozialwissenschaftlerin, dass für die Produktivität Äl-



terer kein angemessener Indikator der Produktivität existiert. Unterschiedliche Definitionen des produktiven Alter(n)s berücksichtigen demzufolge verschiedene Dimensionen der Produktivität. So können Tätigkeiten älterer Menschen als produktiv bezeichnet werden, wenn sie soziale und ökonomische bestimmbare Werte für andere Menschen schaffen. Eine breitere Definition berücksichtigt dagegen auch solche

Tätigkeiten, die dem Erhalt der eigenen Selbstständigkeit im Alter dienen. Die Nutzung produktiver Potenziale Älterer sei insgesamt eine Chance für den demografischen Wandel, wobei Alter und Produktivität differenziert betrachtet werden müssen, betonte die Sozialwissenschaftlerin.

Bernhard Gückel, BiB

## Neuigkeiten aus der demografischen Forschung in Deutschland, Österreich und der Schweiz auf dem 15. Demografentreffen „D-A-CH“ in Oberhofen am Thunersee vom 19. bis 21. Oktober 2011

**Aktuelle demografische Trends und Forschungsergebnisse standen im Mittelpunkt des diesjährigen Demografentreffens von Wissenschaftler/innen aus Deutschland, Österreich und der Schweiz insbesondere aus den Themenbereichen Migration und Integration, Mortalität und Gesundheit, Fertilität und Familie sowie Alterung. Hinzu kamen Beiträge zum Stand der Volkszählungen in den drei teilnehmenden Ländern sowie Berichte zur demografischen Lage in den drei Teilnehmerländern. An dem Treffen nahmen auch Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen aus dem BiB mit Beiträgen teil, die hier kurz schwerpunktmäßig vorgestellt werden.**

### Die demografische Lage in den drei Ländern

Eröffnet wurde das Meeting von Marcel Heiniger vom Bundesamt für Statistik der Schweiz (BFS) mit einem Überblick über die Bevölkerungsentwicklung zwischen 2005 und 2010 in den drei Ländern. Insgesamt zeige sich, dass in Deutschland und Österreich der Anteil der 65-Jährigen und Älteren an der Gesamtbevölkerung höher ist als in der Schweiz. Die Altersgruppe ab 80 Jahre lag in der Schweiz schon 2005 bei 28 % und veränderte sich bis 2010 kaum, während es in Österreich im gleichen Zeitraum eine leichte Zunahme von 26,5 auf knapp 28 % gab und in Deutschland ein noch stärkerer Anstieg erfolgte. Von den drei Ländern hat gegenwärtig die Schweiz mit 1,54 Kindern je Frau die höchste Geburtenziffer, es folgt Österreich mit etwa 1,45 und Deutschland mit der niedrigsten Geburtenziffer von knapp 1,4 Kindern. Die Schweiz unterscheidet sich von den beiden anderen Ländern auch hinsichtlich der Nichteheleichenquote, die hier bei etwa 18 % liegt, in Österreich bei etwa 40 % und in Deutschland bei 33 %. Heirat und Kinder bekommen habe demzufolge in

der Schweiz einen höheren Stellenwert als in den anderen beiden Ländern, resümierte Heiniger. Schließlich liege auch die Eheschließungsziffer in der Schweiz deutlich höher als in Deutschland und Österreich und die Heiratswilligen befänden sich in einem niedrigeren Erstheiratsalter als in Deutschland, während das Alter in Österreich am niedrigsten sei. Bei den Ehescheidungsziffern liegt wiederum Deutschland vorne – hier ist die Zahl im Vergleich am geringsten. Der Blick in die demografische Zukunft der drei Länder bis zum Jahr 2050 zeige, dass für Deutschland von einer Abnahme der Bevölkerung ausgegangen werden müsse, wohingegen in der Schweiz und in Österreich eine Zunahme erwartet wird.

### Stärkere Alterung der Bevölkerung in Ostdeutschland

Evelyn Grünheid (BiB) betrachtete die Lage in Deutschland vor allem im Hinblick auf Ost-West-Unterschiede. Sie konstatierte, dass die Alterung der Bevölkerung in Ostdeutschland sich in einem deutlich schnelleren Tempo vollzieht als in Westdeutschland, die Schere zwischen Alten- und Jugendquotienten geht immer stärker auseinander, während diese Entwicklung im Westen erst seit Kurzem eingesetzt hat. Zum ersten Mal Heiratende sind in Ostdeutschland bereits älter als in Westdeutschland, dafür liegt der Anteil nichtehelich Zusammenlebender im Osten höher. Ein starke Annäherung Ostdeutschlands an das Westniveau lässt sich bei der Lebenserwartung konstatieren, lediglich bei neugeborenen Jungen liegt sie noch etwa 1 Jahr darunter. Immer noch verliert Ostdeutschland im Rahmen der Binnenwanderung mehr Personen, die nach Westdeutschland ziehen als im Gegenzug in den Osten übersiedeln. Allerdings ist die Tendenz hier sinkend, der Umfang für 2010 betrug nur noch etwa ein Fünftel des langjährigen Durchschnitts.



### Geschlechterunterschiede beim Wanderungsverhalten

Mit den Ursachen und Folgen der Geschlechterdisproportionen in Ostdeutschland beschäftigte sich Dr. Stephan Kühntopf in seinem Beitrag. Er stellte beim Binnenwanderungsverhalten einen Geschlechterunterschied fest: So wandern Frauen in einem jüngeren Alter aus Ostdeutschland ab als Männer. Die ländlichen Räume im Osten verlieren nämlich im Alter 18 bis 24 Jahre mehr Frauen als Männer, im Alter zwischen 25 und 29 Jahren kehrt sich dies dann um. Insgesamt konstatierte er eine anhaltend starke Abwanderung aus den ländlichen Räumen Ostdeutschlands. Die Ursachen hierfür sind vielfältig. So spielt die fehlende Attraktivität der Region ebenso eine Rolle wie geschlechtsspezifische oder persönliche Gründe (z.B. attraktiverer Heiratsmarkt im Westen für die jungen Frauen).

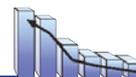
### Ehrenamtliches Engagement im Alter

Welche Potenziale und Grenzen das produktive Altern bietet, analysierte Ines Wickenheiser in ihrem Vortrag, der sich insbesondere mit dem ehrenamtlichen Engagement im Alter beschäftigte, wobei das Bild des Alters sich gewandelt hat und nicht mehr als Belastung betrachtet wird, sondern mittlerweile die Chancen und Potenziale der älteren Bevölkerung betont werden, so die Sozialwissenschaftlerin. Dies zeige sich im Leitbild des produktiven Alter(n)s, das dem verbreitet vorherrschenden negativen Bild älterer Menschen eine positive Perspektive gegenüberstellt, in der die Ressourcen und gestiegenen Potenziale älterer Menschen – wie etwa beim ehrenamtlichen Engagement – im Mittelpunkt stehen. Studien zeigten, dass es einen positiven Zusammenhang zwischen dem ehrenamtlichen Engagement Älterer und dem subjektiven Wohlbefinden gebe, was Frau Wickenheiser aus ihrer eigenen Forschungsarbeit bestätigen konnte. Aus den Daten des Deutschen Alterssurveys gehe hervor, dass im Jahre 2008 16 % der hier untersuchten 60- bis 85-Jährigen ehrenamtlich engagiert waren – gegenüber der ersten Welle des Surveys im Jahr 1996 gab es dabei einen Anstieg. Unterschiede beim Engagement gibt es beim Geschlecht (etwas mehr Männer als Frauen arbeiten ehrenamtlich) und beim sozioökonomischen Status. So weisen Personen mit höherer Bildung und höherem Einkommen deutlich höhere Beteiligungen beim Ehrenamt auf als Personen mit niedriger Bildung oder Personen, die nur über ein geringes Haushaltseinkommen verfügen. Eine Rolle spiele auch der Gesundheitszustand, betonte die Soziologin: Je schlech-

ter der Gesundheitszustand eingeschätzt werde, desto geringer sei auch die Beteiligung an ehrenamtlichen Arbeiten. Die allgemeine Lebenszufriedenheit stehe in einem positiven Zusammenhang mit dem ehrenamtlichen Engagement. So engagieren sich Personen mit einem höheren subjektiven Wohlbefinden häufiger und eine Beteiligung am produktiven Tätigkeiten führe umgekehrt auch wieder zu einem höheren Wohlbefinden. Somit stelle ehrenamtliches Engagement nicht nur ein gesellschaftliches Bedürfnis dar, sondern auch ein individuelles. Es gewinnt dadurch nicht nur die Gesellschaft, sondern auch das Individuum, so das Fazit von Frau Wickenheiser.

### Neue Formen von Familie

Was ist Familie und wie hat sie sich verändert? Was sind die Ursachen für die Entwicklung neuer Formen des Zusammenlebens und welche Formen gibt es? Diese Fragen standen im Zentrum des Vortrags von Prof. Dr. Norbert F. Schneider. Er konstatierte zunächst einen Wandel der Familie, der sich vor allem in einer Pluralisierung der Lebensformen und einer De-Institutionalisierung der Ehe zeige. Ausdruck dieses Wandels sei vor allem die Zunahme von Fernbeziehungen, wobei zwei Formen unterschieden werden müssten: „Living Apart Together“-Beziehungen, die meist freiwillig entstehen und „Long-Distance-Relationships“, die meist infolge beruflicher Umstände eingegangen werden und von der Mehrheit der Betroffenen als Not- oder Übergangslösung angesehen werden. Die Ursachen für die Verbreitung von Fernbeziehungen stehe im Zusammenhang mit dem Wandel von Familie, den Geschlechterrollen, den Veränderungen am Arbeitsmarkt sowie der technologischen Entwicklung und der Steigerung des gesellschaftlichen Wohlstandsniveaus. Hinzu komme, dass sich die Partnermärkte durch eine höhere räumliche Mobilität sowie durch das Internet erweitern, analysierte der Familiensoziologe. Was die soziologische Erforschung dieser Beziehungsform angehe, handle es sich hier um einen eigenständigen Partnerschaftstypus, dem im Hinblick auf die Verbreitung eine ähnliche Bedeutung zukomme, wie der nichtehelichen Kohabitation. Was die statistische Erforschung dieser mittlerweile verbreiteten Lebensformen angehe (immerhin dürften derzeit etwa drei Millionen Menschen in Deutschland in einer Fernbeziehung leben), so legten Studien zu Fernbeziehungen nahe, nicht nur wie bisher rein haushaltsbezogene Betrachtungen vorzunehmen, sondern auch lebensformbezogene Erhebungen miteinzubeziehen, da nur so die tatsächliche Vielfalt von Lebensformen



adäquat abgebildet werden könne. Lebensformen seien dabei als haushaltsübergreifende Beziehungsnetze zu konzipie-

ren, betonte Prof. Schneider.

Bernhard Gückel, BiB

## Den Demografischen Wandel als Chance begreifen: Vorstellung des Demografieberichts der Bundesregierung am 26. Oktober 2011

In den nächsten Jahrzehnten hat der demografische Wandel vielfältige Auswirkungen auf die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung in Deutschland. Aus diesem Grund hat die Bundesregierung 2009 den Beschluss gefasst, im Jahr 2011 einen Demografiebericht zu erstellen, der die bereits eingetretene und die künftige absehbare demografische Entwicklung in Deutschland beschreibt und die Auswirkungen des Wandels auf die einzelnen Politikbereiche zu analysiert. Der Bericht, an dem auch das BiB umfangreich beteiligt war, wurde am 26. Oktober 2011 in der Bundesregierung durch den Innenminister Dr. Hans-Peter Friedrich vorgestellt. In seiner Ansprache betonte er, dass die Gestaltung des demografischen Wandels eine der großen Zukunftsaufgaben sei, die einen Umbau des gesellschaftlichen Fundaments erforderlich mache. Gleichzeitig sei diese Entwicklung aber auch eine Chance, eine umfassende und nachhaltige Modernisierung Deutschlands zu bewirken.

Dem Bericht zufolge wird sich der Trend einer sinkenden Bevölkerungszahl weiter fortsetzen, zudem wird der An-

teil der älteren Menschen deutlich steigen und die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter zurückgehen. Vor diesem Hintergrund möchte der Bericht den weiteren Handlungsbedarf identifizieren und die von der Bundesregierung bislang ergriffenen Maßnahmen zur Gestaltung des demografischen Wandels systematisch vorstellen. Dazu fasst er in Teil II die wichtigsten Fakten und Trends zusammen und in Teil III werden die Auswirkungen auf die besonders betroffenen Politikfelder sowie bereits durchgeführte Maßnahmen des Bundes dargestellt. Teil IV enthält eine Zusammenfassung der wesentlichen Aussagen des Berichts und Teil V gibt einen Ausblick auf die ressortübergreifende Demografiestrategie der Bundesregierung. (Bernhard Gückel, BiB)



[www Download des Berichts unter](http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Broschueren/2011/demografiebericht.html?nn=109632) 

<http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Broschueren/2011/demografiebericht.html?nn=109632>

## Übergabe des Berichts der Sachverständigenkommission zum 8. Familienbericht an Bundesfamilienministerin Kristina Schröder am 28. Oktober 2011

Der Wunsch nach mehr Zeit in der Familie – sei es bei der Kindererziehung oder der Pflege von Angehörigen – rangiert Umfragen zufolge an oberster Stelle, noch vor mehr Geld oder besserer Kinderbetreuung. Damit steht das Thema „Zeit für Familie. Familienzeitpolitik als Chance einer nachhaltigen Familienpolitik“ im Zentrum des Berichts der Sachverständigenkommission zum 8. Familienbericht. Er wurde am 28. Oktober Bundesfamilienministerin Dr. Kristina Schröder übergeben und untersucht Zeitbedarfe von Familien. Dazu legt er die Gestaltungsmöglichkeiten gesellschaftlicher Familienpolitik dar und möchte zeigen, dass die Familie nicht nur von ökonomischen und infrastrukturellen Bedingungen, sondern auch von Zeitressourcen lebt. Der Direktor des BiB, Prof. Dr. Norbert F. Schneider, der in der Kommission mitar-

beitete, betonte im Bericht, dass es primäres Ziel sein müsse, jene gesellschaftlichen Strukturen umzugestalten, die die Wahlfreiheit der Lebensführung einschränken. Die Wahlfreiheit werde gegenwärtig durch das unzureichende quantitative wie qualitative Angebot an Kinderbetreuungseinrichtungen sowie durch die weithin fehlende Familienorientierung der bestehenden Betreuungs- und Bildungseinrichtungen eingeschränkt.

Bei der Übergabe betonte Frau Dr. Schröder, dass die Zeit die Leitwährung unserer Familienpolitik sei, denn: Ob Familien zusammenhalten, ob Eltern oder Kinder füreinander da sein können, ist in erster Linie eine Frage der Zeit, so die Bundesfamilienministerin.

Bernhard Gückel, BiB



## Vorträge und Forschungsaktivitäten

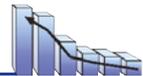
„Deutschland braucht mehr Kinder – was können wir tun?“ Unter diesem Motto stand eine Podiumsdiskussion der Zeitschrift „Eltern“ am 28. September 2011, an der auch der Direktor des BiB, **Prof. Dr. Norbert F. Schneider**, teilgenommen hat. Experten aus Politik und Wissenschaft diskutierten unter anderem die paradoxe Situation, dass Deutschland auf der einen Seite eine der niedrigsten Geburtenraten in Europa hat, zugleich wünschen sich viele junge Menschen hierzulande Kinder, wie aus Umfragen hervorgeht. Warum werden aus Kinderwünschen viel zu selten Wunschkinder? Dabei stand in der Diskussion außer Frage, dass Eltern Sicherheit und Verlässlichkeit sowohl finanziell als auch beruflich sowie bei der Kinderbetreuung benötigen. Prof. Schneider betonte darüber hinaus die Vielfältigkeit der modernen Familie, die zu neuen Denkweisen in der Familienpolitik führen müsse, schließlich gebe es nicht mehr nur die klassische Familienform, sondern unterschiedliche Formen, die anerkannt werden müssten. Dies bedeute in letzter Konsequenz, so der Familiensoziologe, die Abkehr vom privilegierten Schutz der Institution Ehe. An ihre Stelle könnte seiner Ansicht nach eine am Einzelnen orientierte staatliche Absicherung und Förderung unabhängig vom Familienstand treten.

Wie gestaltet sich „Elternschaft heute“ und wie kann sie in einem gewandelten gesellschaftlichen Umfeld bestehen? Dieser Frage ging **Prof. Dr. Schneider** bei den 3. Hohenheimer Tagen der Familienpolitik am 12. Oktober 2011 nach. Dabei gab es in den letzten 40 Jahren einen grundlegenden Wandel des Grundverständnisses von Familie – sichtbar etwa in der De-Institutionalisierung der Ehe und einer größeren Vielfalt der Lebensformen. Die Partnerbeziehungen in der Familie änderten sich und auch die Beziehungen zwischen Eltern und Kindern. Ein Problem für die Eltern seien zudem wachsende Anforderungen an ihre Rolle, die (aufgrund der weithin fehlenden Alltagserfahrungen im Umgang mit Kindern) zur Überforderung der Eltern führten und bei ihnen das Gefühl verstärkten, etwas falsch zu machen, bzw. die wahrgenommenen Erziehungsstandards nicht erfüllen zu können. Dabei gebe es trotz Wandels stabile Muster wie zum Beispiel den Fortbestand der traditionellen Aufgabenteilung und eine Ideologie der „guten Mutter“ im Zusammenhang mit einer eher diffusen Vaterrolle. Für Staat und Gesellschaft gehe es letztlich darum, die Vielfalt der Erscheinungsformen der modernen Familie anzuerkennen und zusammen mit Wirtschaft, Verbänden und Kommunen die Fa-

milien durch konzertierte Anstrengungen zu unterstützen. Wenig sinnvoll sei hier die zunehmende öffentliche Kontrolle des Privattraums Familie – wichtiger seien vielmehr eine Entlastung der Eltern und der Abbau von Strukturen, die die Wahlfreiheit einschränken.

Mit den Erscheinungsformen und Entstehungsursachen bilokaler Paarbeziehungen hat sich **Dr. Jürgen Dorbritz** in seinem Vortrag bei der Tagung „Perspektiven der Familienwissenschaft“ des Zentralinstituts für Ehe und Familie in der Gesellschaft (Katholische Universität Eichstätt) am 12. Oktober 2011 beschäftigt. Auf der Basis der Datensätze des „Generations and Gender Survey (GGS)“ sowie des Beziehungspanels „pairfam“ identifizierte er zwei Typen bilokaler Paarbeziehungen: zum einen die „Living Apart Together (LAT)“-Beziehung, die meist freiwillig als Nahbeziehung eingegangen wird und zum anderen die „Long Distance Relationship (LDR)“-Beziehung, die unfreiwillig und meist aus beruflichen Gründen mit einer reduzierten Kontakthäufigkeit der Partner eingegangen werde. Die tieferliegenden Ursachen dieser neuen Beziehungsform liegen sowohl in der Individualisierung der Lebensformen (bei der LAT-Beziehung) als auch in wachsenden (beruflichen) Mobilitätsanforderungen begründet, was besonders für die Fernbeziehung gelte, so Dr. Dorbritz. Und auch für den Kinderwunsch spiele die Form des Zusammenlebens eine Rolle: So zeigten die Daten, dass zusammenlebende Paare eine ungleich höhere Chance hätten, Eltern zu werden, als Paare mit einer getrennten Haushaltsführung. Kinderwünsche seien hier kaum ausgeprägt und eine Familiengründung werde seltener angestrebt. Personen, die in bilokalen Paarbeziehungen lebten, seien gekennzeichnet durch besondere Einstellungsmuster, die auf Geschlechtergleichheit, Akzeptanz von Kinderlosigkeit und die Ablehnung der Institution Ehe gerichtet seien. Hinzu komme, dass die auf räumlicher Distanz beruhende Konstruktion der Paarbeziehung zu einem höheren Konfliktpotenzial und ausgeprägteren Trennungsabsichten führe. Insgesamt seien bilokale Paarbeziehungen eine Lebensform, in der Emotionalität auf Abstand und auf freiwilliger Basis gelebt werde, konstatierte Dr. Dorbritz.

„Dem niedrigen Geburtenniveau auf der Spur“ war **Dr. Dorbritz** am 10. Oktober 2011 bei der Deutsch-Französischen Gesellschaft in Köln. In seinem Vortrag verglich er die Geburtenentwicklung in Deutschland und Frankreich und konstatierte deutliche Unterschiede im Geburtenniveau, der



Ausrichtung der Familienpolitik, der Frauenvollzeiterwerbstätigkeit sowie der Kinderbetreuung. Das im Vergleich sehr niedrige Geburtenniveau in Deutschland sei auch die Folge einer „Kultur der Kinderlosigkeit“, in der junge Menschen in Deutschland sozialisiert würden. Zudem gab es in Deutschland im Unterschied zu Frankreich eine langjährige Förderung des traditionellen Hausfrauenmodells, wobei erst jetzt hier ein Umdenken stattfinde. Das Bild der guten Mutter in Deutschland – also die Angst, bei Berufstätigkeit als „Rabenmutter“ betrachtet zu werden, wirke sich ebenfalls auf den Kinderwunsch aus, während dieses Bild in Frankreich so nicht existiere, erläuterte Dr. Dorbritz. Insgesamt gilt für Deutschland, dass es kaum Chancen auf einen schnellen Geburtenanstieg gebe. Im Ländervergleich zeige sich auch, dass die Bevölkerung in Deutschland schneller altere, während die Alterung in Frankreich nur langsam voranschreite. Sie bleibe mit all ihren Folgen für die sozialen Sicherungssysteme sowie den Arbeitsmarkt eine zentrale demografische Herausforderung auch für die Zukunft, so der Soziologe.

Wie und warum haben sich die Familienstrukturen in den westlichen Ländern im Zeitraum der letzten 50 Jahre verändert? In welcher Weise wurde das Familienleben in diesem Zeitraum zunehmend multilokaler? Worin liegen die Ursachen? Diese Fragen standen im Fokus des Vortrags „Multilocality and the Pluralisation of Living Arrangements: How and Why has Family Life changed over the course of the last 50 years?“ von **Dr. Detlev Lück** beim Workshop des Deutschen Jugendinstituts zum Thema: „The Everyday Life of Multi-Local Families. Concepts, Methods and the Example of Post-Separation Families“ am 20./21. Oktober 2011 in München. Die Gründe, warum das Familienleben zunehmend an mehreren Orten stattfindet, seien komplex und stünden miteinander in Beziehung, so der Familiensoziologe. Die Ursachen für diese Entwicklung liegen zunächst vor allem im Modernisierungsprozess der Gesellschaften mit Individualisierungs- und Pluralisierungstendenzen, der sich auch im Wandel der Familie weg vom klassischen Ernährermodell hin zu bunteren Formen familiären Zusammenlebens zeige. Aus der Vielzahl an Gründen für die stärkere Verbreitung multilokalen Familienlebens sind vier von besonderer Bedeutung: (1) Zunächst die Phase der Formierung einer Beziehung, mit einer längeren Zeit nichtehelichen Zusammenlebens in getrennten Haushalten und einer veränderten Einstellung zur Institution Ehe; (2) die Erfordernisse einer globalisierten Arbeitswelt, die oftmals zu berufsbedingter räumlicher Mobilität führt und sich damit auch auf die Familie auswirkt; (3)

eine Zunahme der Trennungs- und Scheidungsbereitschaft, die – im Falle vorhandener Kinder – zur Gründung von Patchworkfamilien führt mit den Kindern als Bindeglied zwischen den ehemaligen Partnern, die nun in getrennten Haushalten leben und (4) die Folgen von Individualisierungsprozessen der Gesellschaft als Ausdruck eines kulturellen Wandels, der multilokale Familienformen fördert. An erster Stelle wäre hier der Rückgang der klassischen Familienform mit einem Ernährer und die Zunahme neuer unkonventioneller Lebensformen wie etwa im „Living Apart Together“-Modell zu nennen, so Dr. Lück. Insgesamt seien die Ausformungen multilokalen Familienlebens höchst vielfältig und ein Charakteristikum (post)moderner Gesellschaften.

Bei dem dritten gemeinsamen Kongress der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, der Österreichischen Gesellschaft für Soziologie und der Schweizerischen Gesellschaft für Soziologie zum Thema „Neuer Strukturwandel der Öffentlichkeit in Innsbruck vom 29. September bis 01. Oktober 2011 hat **Dr. Martin Bujard** zusammen mit **Prof. Dr. Hans Bertram** und **Pia Debuschewitz** einen Vortrag zum Thema „Dominanz sozialer Ungleichheit und Ignoranz regionaler Disparitäten – selektives Aufgreifen wissenschaftlicher Erkenntnisse im öffentlichen Bildungsdiskurs“ gehalten. Die Wissenschaftler zeichneten in ihrem Vortrag die PISA-induzierte Bildungsdebatte in Deutschland anhand der zentralen Argumentationslinien nach und verglichen sie mit wissenschaftlichen Erkenntnissen und politischen Maßnahmen. Dabei identifizierten die Referenten Verzerrungen zwischen wissenschaftlicher Erkenntnis und öffentlicher Argumentation und deckten Blindstellen der wissenschaftlichen PISA-Rezipierung auf. Es wurde gezeigt, dass unintendierte Verzerrungen und intendierte Instrumentalisierungen der Bildungsforschung die Debatte kennzeichnen und wie genuine Interessen politischer Akteure (z.B. der Bundesländer) sich in einem Ausblenden regionaler Unterschiede manifestieren. Die empirische Analyse zeige auch, so die Wissenschaftler, dass viele ländervergleichende Schlussfolgerungen zu hinterfragen sind. Dabei erweist sich nicht nur der Vergleich von deutschen Bundesländern mit kleineren europäischen Ländern als fruchtbar, sondern auch die Einbeziehung regionaler Kontexte – etwa unter der Fragestellung, welchen Einfluss die regionale Zugehörigkeit im Vergleich zu dem der sozialen Schicht hat.

Am 16. September hielt **Dr. Martin Bujard** zudem einen Vortrag beim Familienbund der Katholiken in Frankfurt, wo er sich mit dem Thema „Zeit für Familien im Lebensverlauf:



Die „Rush-hour des Lebens entzerren“ beschäftigte. Er betrachtete hier besonders die Zeitverteilung Beruf/Familie im Lebensverlauf vor dem Hintergrund, dass das Kinderbekommen immer mehr in die „Rush-hour“ des Lebens (also die Jahre zwischen 30 und Mitte 40) verschoben werde. Damit Eltern mehr Zeit für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie erreichten, müsste sich, so das Resümee des Politikwissenschaftlers, ein Muster einer neuen Zeitplanung im Lebensverlauf etablieren.

Auf dem 6. Berufsbildungskongress des Bundesinstituts für Berufsbildung (BiBB) zum Thema „Kompetenzen entwickeln – Chancen eröffnen“ hat **Frank Micheel** am 20. September 2011 einen Vortrag zur demografischen Entwicklung Deutschlands gehalten, in dem er die grundsätzlichen demografischen Trends darstellte. Insgesamt, so sein Resümee, bestimmten künftig der aktuelle Altersaufbau und das niedrige Geburtenniveau die demografische Entwicklung am stärksten. Für die Zukunft sei von einer Schrumpfung und Alterung des Erwerbspersonenpotenzials auszugehen, wobei Verhaltenseffekte wie eine höhere Erwerbsbeteiligung den Trend zwar verlangsamen, aber nicht stoppen können. Gleiches gelte auch für die Migrationsentwicklung.

**Frank Swiaczny** hat bei der 8. Internationalen Konferenz „Man-City-Nature“ des Instituts für Geografie der Universität Torun am 17. Oktober 2011 einen Vortrag mit dem Thema „Conceptualising Re-urbanisation under Conditions of Ageing and Shrinking - The German Example“ gehalten.

Er untersuchte die zunehmenden räumlichen Disparitäten der Bevölkerungsstrukturen in Deutschland vor dem Hintergrund einer alternden und sinkenden Bevölkerung, basierend auf den neuesten Prognosen des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung und analysierte die Umkehr des Alterungsprozesses der urbanen, suburbanen und ländlichen Kreise als eine Folge der Bevölkerungsalterung. Die Ergebnisse stellte er in den Kontext der aktuellen Diskussion, die sich mit der Frage beschäftigt, ob sich Deutschland auf dem Wege zu einer Wiederbelebung der Städte beziehungsweise zu einem Reurbanisierungsprozess befinde. Dabei zeigte sich, dass ein statistischer Nachweis einer Reurbanisierung, gemessen am Bevölkerungswachstum durch Wanderungsgewinne, (noch) nicht möglich ist, so der Geograph.

Im Rahmen der diesjährigen Society for Longitudinal and Life Course Studies (SLLS)-Konferenz in Bielefeld vom 26. bis 28. September 2011 hat **Robert Naderi** das gemeinsame Paper von **Dr. Lenore Sauer, Kerstin Ruckdeschel** und ihm zum Thema „Reliability of retrospective data within the German Generations and Gender Survey (GGS)“ vorgestellt. Inhalt der Präsentation waren Validitäts-Probleme in der retrospektiv erhobenen Fertilitäts- und Partnerschaftsbiographie im deutschen GGS der ersten Welle. Dabei wurden auch Ideen für Erklärungen (z.B. schlechtere Erreichbarkeit von Müttern, Interviewereffekte und die Nichterfassung von Geburten, die logisch enthalten sein sollten) und Empfehlungen für Datennutzer vorgestellt. (Bernhard Gückel, BiB)

## Beiträge zur Bevölkerungswissenschaft

Neuer Band in der Reihe „Beiträge zur Bevölkerungswissenschaft“: Band 42

**Henriette Engelhardt:**

**Einführung in die Bevölkerungswissenschaft und Demografie.**

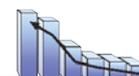
**Ergon-Verlag Würzburg 2011**

Womit beschäftigen sich Bevölkerungswissenschaft und Demografie eigentlich? Seit wann gibt es die Beschäftigung mit bevölkerungswissenschaftlichen Fragestellungen? Was versteckt sich hinter einem demografischen Fehlschluss? Welche demografischen Datenquellen gibt es und wie werden sie methodisch ausgewertet? Welche Theorien der Fertilität gibt es und wie wird sie gemessen? All diese Fragen und noch viele weitere rund um das weite Feld der Demografie beantwortet die Autorin



in diesem Lehrbuch, das die zum Studium der Bevölkerungswissenschaft und Demografie unverzichtbaren wissenschaftlichen Details beinhaltet.

Vor dem Hintergrund einer nicht existierenden aktuellen deutschsprachigen Einführungsliteratur für Studierende auf universitärem Niveau stellt das Buch Theorien, Methoden und empirische Befunde aus der Bevölkerungsstatistik, der Bevölkerungsmathematik, der Bevölkerungssoziologie, der Bevölkerungsgeo-



grafie, der Bevölkerungsökonomie, der Familiensoziologie, der Gerontologie und vielen weiteren benachbarten Fachge-

bieten vor. Abgeschlossen wird der Band mit der Frage, was Bevölkerungs- und Familienpolitik ist.

Bernhard Gückel, BiB

## Literatur von BiB-Mitarbeiter/innen

**Heiko Rüger/Katharina Becker:**

„**Berufsmobilität, Geschlecht und Lebensform. Berufsbedingte räumliche Mobilität und die Folgen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und partnerschaftliche Arbeitsteilung**“. In:

**Ute Klammer/Markus Motz (Hrsg.): Neue Wege – gleiche Chancen. Expertisen zum 1. Gleichstellungsbericht der Bundesregierung.**

**VS Verlag Wiesbaden 2011**

Dieser Band versammelt ausgewählte Expertisen zum ersten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung, die die Sachverständigenkommission in Auftrag gegeben hatte und an denen auch Katharina Becker und Heiko Rüger aus dem BiB mitgearbeitet haben. In ihrem Beitrag untersuchen sie anhand der Ergebnisse des europäischen Forschungsprojektes „Job Mobilities and Family Lives“ berufsbedingte räumliche Mobilität und die Folgen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie für die Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern. Insgesamt ist, so ihr Resümee, mit einer Zunah-

me von Mobilitätserfahrungen und -anforderungen zu rechnen, wobei Frauen und besonders Mütter als „Mobilitätsverlierer“ gelten können, da bei Frauen eine Elternschaft nur schwer mit Mobilität vereinbar ist. Zudem scheint Kinderlosigkeit erst Mobilität zu ermöglichen. Bei den Männern hingegen sind Mobilitätserfahrungen im Lebensverlauf weitgehend unabhängig von der familiären Situation. Vor dem Hintergrund der Vereinbarkeitsproblematik von Beruf und Familie ist nach Ansicht der Autoren im Zuge weiter steigender berufsbedingter Mobilitätsanforderungen künftig mit einer Verschärfung der Problematik zu rechnen.

Bernhard Gückel, BiB



## Personalien

Seit dem 01. Oktober 2011 verstärkt **Moritz Niehaus** das Wissenschaftlerteam des BiB. Er hat an der Friedrich-Schiller-Universität Jena Psychologie und Soziologie studiert. Im Jahr 2008 absolvierte er ein Auslandsstudium der Wirtschaftswissenschaften und Psychologie an der Pontificia Universidad Católica de Chile in Santiago de Chile. Im BiB wird er im Forschungsschwerpunkt 2.2 über die Ursachen und Konsequenzen berufsbedingter räumlicher Mobilität forschen.

Neu im BiB ist seit dem 01.10.2011 auch **Dr. Can M. Aybek**. Er hat Politikwissenschaften in München studiert und Ende 2008 an der Universität Bremen im Fachbereich „Life Course and Life Span Dynamics“ promoviert. Zuletzt arbeitete er als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Siegen. Im BiB wird er den Fachbereich 2.1 „Migration im Lebensverlauf“ verstärken.

Bernhard Gückel, BiB

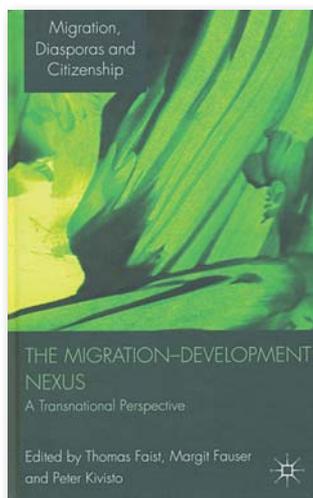


## Buch im Blickpunkt

**Thomas Faist; Margit Fauser; Peter Kivisto (Hrsg.):  
The Migration-Development Nexus: Transnational Perspectives.  
Palgrave Macmillan Houndmills 2011**

Die internationalen Migrationsbewegungen haben sich in den letzten Jahrzehnten intensiviert und sind immer komplexer geworden. Gleichzeitig haben die sozialen und ökonomischen Ungleichheiten zugenommen, so dass in der Migrationsforschung der Zusammenhang zwischen Migration und Entwicklung („Migration-development-nexus“) gegenwärtig Konjunktur hat – vor dem Hintergrund der Erkenntnis, dass Migration positive Effekte sowohl für das Herkunfts- als auch für das Zielland hat. Dieser Band analysiert die Beziehung zwischen Migration und Entwicklung kritisch aus einer transnationalen Perspektive, in der Migranten als Träger der Entwicklung ihres Landes betrachtet werden (zu den Hintergründen siehe dazu auch den Beitrag von Ette/Haase in diesem Heft).

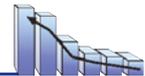
Dabei ist die gegenwärtige Diskussion um den Zusammenhang zwischen Migration und Entwicklung keineswegs neu, wie **Thomas Faist und Margit Fauser** im einleitenden Kapitel zeigen. Einer ersten Phase in den Jahren 1950 und 1960 mit „gewünschter“ (Arbeits-)Migration des Südens in den Norden, die nach damaliger Ansicht auch den Herkunftsländern nützte, folgte eine zweite Phase, die den Zusammenhang ins Gegenteil verkehrte: Nun war die Diskussion dominiert vom Verlust der gutausgebildeten Migranten, was angeblich wiederum zur Unterentwicklung des Herkunftslandes beitrug („brain drain“). Etwa seit Mitte der 1990er Jahre rücken in der politischen Debatte und der Migrationsforschung die Migranten als Akteure der Entwicklung ins Zentrum der Aufmerksamkeit. In dieser dritten Phase erscheinen vor dem Hintergrund der Globalisierung neue transnationale Akteure und Initiativen auf der Bildfläche, deren Erforschung auch eine transnationale Perspektive erfordern, wie dieser Band zeigt. Die Beiträge berichten somit aus einer Perspektive „von unten“ mit unterschiedlichen Blickwinkeln, um so Erkenntnisse über den Zusammenhang der Wirkungen zwischen Migration und Entwicklung zu gewinnen.



Dazu wirft **Nina Glick Schiller** in Kapitel 2 einen Blick auf den globalen Zusammenhang von Migration und Entwicklung. Sie kritisiert die Anhänger eines methodologischen Nationalismus in der Debatte und entwirft einen alternativen Ansatz zur gegenwärtigen Diskussion, die ihrer Meinung nach die Art und Weise der Beziehung zu globalen politisch-ökonomischen Transformationsprozessen ignoriert. Dazu schlägt sie einen globalen Rahmen für die Untersuchung von Migranten in ihren Zielländern und ihren transnationalen, grenzüberschreitenden Verbindungen vor. Sie fordert neue Forschungsansätze, um globale Prozesse besser zu verstehen, so dass erklärt werden kann, wie Migranten ihr Leben als konstituierende Akteure im sozialen Umfeld gestalten.

**Rául Delgado Wise** und **Humberto Márquez Covarrubias** entwickeln in Kapitel 3 ebenfalls ein analytisches Modell des Zusammenhangs zwischen Migration und Entwicklung, allerdings vor dem Hintergrund der globalen Veränderungen des kapitalistischen Systems der letzten 35 Jahre. Dabei betrachten sie die politische Ökonomie der Migration nicht als Beschleuniger der Entwicklung in den Herkunftsländern, sondern als direkten Beitrag zum Kapitalakkumulationsprozess der entwickelten Länder, wobei der massive Transfer von Humanressourcen von den Herkunftsländern zu den Zielländern durch finanzielle Rücküberweisungen der Migranten in keinsten Weise kompensiert wird. Sie untersuchen die Beziehung zwischen ungleicher Entwicklung und beschleunigter Migration, die Bedeutung der Ausbeutung von Migranten in den entwickelten Ländern und die Rolle von finanziellen Rücküberweisungen der Migranten in die Herkunftsländer am Beispiel der Länder USA und Mexiko. Ihrer Meinung nach muss hier die Migrationsforschung erweitert werden und viel stärker die ökonomischen Verhältnisse in den Herkunftsländern und Zielländern in den Fokus nehmen als bisher.

Mit der Bewertung transnationaler sozialer Formationen von Migranten wie Diasporaorganisationen (also Gruppen von Migranten mit engen und anhaltenden Verbindungen



zu ihrem Herkunftsland) und ihren Möglichkeiten der Einflussnahme in konfliktträchtigen Herkunftsländern beschäftigt sich **Nicholas Van Hear** in Kapitel 4. Er zeigt in seinem Beitrag, dass die Organisationen von Migranten neue und erweiterte Formen transnationaler Aktivität aufgenommen und sich in die globale Weltordnung integriert haben. So agieren zum Beispiel nationale Befreiungsbewegungen von Kurden, Tamilen, Palästinensern etc. in der Diaspora mittlerweile weitaus variabler. Diasporen werden zudem zunehmend als Akteure bei der finanziellen, ökonomischen, politischen und sozialen Unterstützung im Transformationsprozess ihrer Herkunftsländer wahrgenommen, wie etwa in Afghanistan. Insgesamt hat sich die Wahrnehmung der Diasporas geändert: Mittlerweile werden sie als Instrument für die Schaffung ökonomischer und politischer Stabilität sowie als Helfer bei der Wiederherstellung stabiler Strukturen in ihren Herkunftsländern betrachtet, unter anderem auch deshalb, weil sie die ländlichen Besonderheiten am besten kennen. Welchen Anteil das Engagement der Diasporas bei der Entwicklung ihres Landes tatsächlich hat, bleibt allerdings weiterhin die Streitfrage.

Welche Rolle Migranten bei der ökonomischen Unterstützung der Wirtschaft ihres Heimatlandes spielen, untersucht **Lothar Smith** am Beispiel Ghanas in Kapitel 5. Er zeigt anhand konkreter Beispiele, wie transnationale Investitionen von Migranten in der Wirtschaft auf lokaler Ebene ihrer Herkunftsländer dort umgesetzt werden und konstatiert, dass transnationale Geschäftsinvestitionen in Ghana durch die Migranten zu sozialen Transformationsprozessen im Herkunftsland insbesondere auf lokaler Ebene führen – ob sie jedoch nachhaltig wirken, bedarf weiterer Langzeituntersuchungen.

In einer detaillierten Analyse der organisatorischen Formierung von Migrantengruppen in Madrid und Barcelona blickt **Margit Fauser** in Kapitel 6 auf die unterschiedlichen Wege, wie sich Migrantensorganisationen im Zusammenspiel mit lokalen staatlichen Autoritäten als neue Akteure des „Co-Development“ im Feld zwischen Migration und Entwicklung konstituieren. Dabei spielt die Unterstützung durch staatliche Akteure eine entscheidende Rolle in Spanien, da hier die staatliche Entwicklungspolitik die Organisationen stark in eine Strategie des „Co-Development“ mit den Herkunftsländern einbezieht. Somit kann sich eine transnationale Orientierung der Migrantensorganisationen auf die Herkunftsländer und zugleich auf die Inkorporation in Spanien als Ankunftsland dauerhaft institutionalisieren.

Mit den in den 1990er Jahren entstandenen Wissensnetzwerken (DKN) von Migranten in der Diaspora – also von Vereinigungen hochqualifizierter Migranten, die zur Entwicklung ihrer Herkunftsländer beitragen möchten – beschäftigt sich die Untersuchung von **Jean-Baptiste Meyer** in Kapitel 7. Er diskutiert anhand neuer Literatur und empirischer Ergebnisse die Stärken und Schwächen dieser Vereinigungen und ihre „brain gain diaspora option“ vor dem Hintergrund der Debatte um die Beziehung von Migration und Entwicklung. Der Autor sieht diese Entwicklung als hilfreiches Element für die Herausbildung einer (transnationalen) Zivilgesellschaft und zeigt an Beispielen aus der ganzen Welt, wie sich diese Netzwerke als Mediatoren von außerhalb für die Entwicklung in den Herkunftsländern auswirken. Sie stellen nicht nur eine Brücke zwischen den in den DKN organisierten Migranten und ihrem Heimatland dar, sondern bilden auch eigene transnationale Formationen. Gleichzeitig spiegeln sie die globalen Transformationen des ökonomischen und wissenschaftlichen Wissens im Zuge der Globalisierung wider.

Auf welche Weise und wann kann sozialwissenschaftliche Forschung eine Basis für rationale politische Entscheidungen bilden? Dieser Frage geht **Thomas Faist** in Kapitel 8 auf den Grund, wobei er feststellt, dass diese Frage irreführend ist, da die Sozialwissenschaften stattdessen entscheidende Anstöße für die Beschreibung, das Verstehen und die Erklärung des Zusammenhangs von Migration und Entwicklung liefern sollten. Das bedeutet auch, dass die soziologische Analyse bei der Verbindung von Theorie und Praxis den Raum der Forschung und Politik verlassen und auch im öffentlichen Raum diskutiert werden sollte.

Im abschließenden Kapitel 9 ordnet **Peter Kivisto** den wieder aufgegriffenen Ansatz des Migration-Development-Nexus ein in die Historie der Entwicklungstheorien nach dem zweiten Weltkrieg und konstatiert, dass die jeweiligen Ideen und Ansätze immer auch vor dem zeithistorischen Kontext gesehen werden müssen. Dies gilt auch für die theoretischen Grundlagen dieses Buches, die gegenwärtig noch unzusammenhängend nebeneinanderstehen. Eine Grundlage für die Entstehung der erneuten Beschäftigung mit dem Zusammenhang zwischen Migration und Entwicklung bildet dabei das relativ neue Konzept des Transnationalismus als Basis für eine „Soziologie der Emigration“, die eine bereits etablierte „Soziologie der Immigration“ komplettieren sollte.

Bernhard Gückel, BiB



## Aktuelle Literatur kurz vorgestellt

### Deutsche Stiftung Weltbevölkerung (Hrsg.): Weltbevölkerungsbericht 2011. Hannover 2011

Erstmals leben auf der Erde mehr als sieben Milliarden Menschen. Der neue Weltbevölkerungsbericht 2011 „People and Possibilities in a World of 7 Billion“ (deutsche Fassung: „Sieben Milliarden Menschen und Möglichkeiten“) des Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA) zeigt aktuelle soziodemographische Trends weltweit.

Indien wird China laut UN-Projektionen bereits in zehn Jahren als bevölkerungsreichstes Land der Welt überholen. Dann werden voraussichtlich fast 1,4 Milliarden Menschen auf dem Subkontinent leben. Die Region mit den höchsten Wachstumsraten weltweit ist Afrika südlich der Sahara. Der Bericht zeigt die Notwendigkeit auf, das Bevölkerungswachstum dort zu verlangsamen, damit sich die Lebenssituation der Menschen vor Ort nachhaltig verbessert. Dazu sind Investitionen vor allem in Familienplanung und Aufklärung notwendig. Denn viele Frauen bekommen in Afrika mehr Kinder als sie sich wünschen, da ihnen Wissen und Mittel zur Verhütung fehlen.

Der aktuelle Weltbevölkerungsbericht befasst sich auch mit positiven Entwicklungen der letzten 60 Jahre. So ist die



weltweite Lebenserwartung deutlich gestiegen: Wurde der Mensch 1950 durchschnittlich nur 48 Jahre alt, sind es heute 68 Jahre. Wer auf die Welt kommt, hat heute erheblich bessere Überlebenschancen als früher: Die Säuglingssterblichkeit ist deutlich gesunken. Starben 1950 bei 1.000 Ge-

burten weltweit noch 133 Neugeborene, sind es heute 46. Zudem wurde – unter anderem aufgrund von Impfkampagnen – die Kindersterblichkeit reduziert.

Für alle Länder und Regionen der Welt enthält der Weltbevölkerungsbericht 2011 aktuelle demographische und sozioökonomische Daten (Text: Stiftung Weltbevölkerung).



### Berlin Institut für Bevölkerung und Entwicklung (Hrsg.):

#### Afrikas demografische Herausforderung. Wie eine junge Bevölkerung Entwicklung ermöglichen kann. Berlin 2011

Eine neue Studie des Berlin-Instituts untersucht, wie sich das Bevölkerungswachstum auf die Entwicklung Afrikas auswirkt und wo die demografischen Chancen liegen.

Der weitere Zuwachs der Weltbevölkerung findet fast ausschließlich in den weniger entwickelten Ländern statt, die durch höhere Kinderzahlen als in den entwickelten Ländern, eine junge Bevölkerung und eine allmählich ansteigende Lebenserwartung aufgrund verbesserter gesundheitlicher Versorgung und Ernährung gekennzeichnet sind. Das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung hat in der Studie „Afrikas demografische Herausforderung“ für 103 heutige und ehemalige Entwicklungsländer gezeigt, dass sich kein einziges Land sozioökonomisch entwickelt hat, ohne dass parallel dazu die Geburtenrate zurückgegangen ist. Der Entwicklungsstand eines Landes hängt also eng mit seiner Bevölkerungsstruktur zusammen.

(Verlagstext)

## Impressum



Herausgegeben vom Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung – 32. Jahrgang

Schriftleitung: Prof. Dr. Norbert F. Schneider

Redaktion: Bernhard Gückel

Dienstgebäude: Friedrich-Ebert-Allee 4, 65185 Wiesbaden

Telefon: (0611) 75 22 35

E-Mail: [bib@destatis.de](mailto:bib@destatis.de)

Internet: [www.bib-demografie.de](http://www.bib-demografie.de)

ISSN 1869-3458 / URN:urn:nbn:de:bib-bfa0620119

„Bevölkerungsforschung Aktuell“ erscheint alle 2 Monate. Die Publikation kann im Abonnement in PDF-Format bezogen werden. Anmeldungen bitte an [bib-bev-aktuell@destatis.de](mailto:bib-bev-aktuell@destatis.de). Das Heft finden Sie auch auf der Homepage des BiB ([www.bib-demografie.de](http://www.bib-demografie.de)). – Nachdruck mit Quellenangabe gestattet (Bevölkerungsforschung Aktuell 6/2011 des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung). Belegexemplar erbeten.